

## Nach einem Jahr Corona fällt die Bilanz bescheiden aus

*Kann unsere Politik die Situation denn nicht in den Griff bekommen?*

Im März dieses Jahres „feierten“ die Corona-Einschränkungen ihr „Einjähriges“. Damals konnte niemand wissen, was auf uns zukommen würde. Die Gefahr von massenweisen Erkrankungen und Todesfällen führte zu Maßnahmen, die das ganze öffentliche Leben zum Stillstand brachten. Das war in dieser Phase richtig, die Menschen suchten Halt und Zuversicht, sie vertrauten der Politik und hofften auf die Wissenschaft. Man war sich einig, dass der Weg aus der gewaltigen Krise nur mit Disziplin und Verständnis beschritten werden kann. Alle standen zusammen, alle fügten sich in die angeordneten Maßnahmen. Alle schauten auch auf die Bundesregierung, die unter Führung von Frau Merkel und mit der Tatkraft von Gesundheitsminister Spahn Vertrauen schaffte. Egal wie nachteilig und einengend die Anordnungen wirkten. Man wusste, es geht um uns alle, und je vernünftiger wir uns hinein fügen, umso eher würden wir zu Besserungen kommen.

Zwischenzeitlich – es war im Sommer 2020 – gab es einige Erleichterungen, so dass man unter Einhaltung etlicher Vorschriften Restaurants, Fachmärkte, Kulturstätten und sogar Fußballstadien besuchen konnte. Vor Weihnachten setzte ein erneuter *Lockdown* ein. Auch dies wurde vom Gros der Bevölkerung als notwendige Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie akzeptiert. Allerdings hatte mittlerweile die Diskussion um den Einsatz und die Auswahl der Impfstoffe begonnen. Was zunächst

nach einem geordnet abzuarbeitenden Plan aussah, geriet innerhalb kurzer Zeit zum unübersehbaren Durcheinander.

Welcher Impfstoff ist für welche Alters- und Geschlechterkategorie tauglich, wer wird wann geimpft, soll man sogenannte Impfpässe ausstellen, wer darf wen impfen? Und wer wurde schon geimpft? Wohin darf man unter Einhaltung welcher Auflagen noch reisen?

## Bitte endlich impfen!

Daneben stellt sich die Frage: Wer ist wo zuständig, wer darf die Anordnungen erlassen? Jens Spahn als Gesundheitsminister hat an hauptverantwortlicher Stelle die Fäden lange sicher in der Hand und damit unser Vertrauen gehabt. Nun ist dieses Land jedoch föderalistisch strukturiert, was das Kompetenzgerangel zwischen den Führungsebenen nur verstärkt. Bundesländer, Ämter und Kommunen regelten und regeln viel zu oft das in eigenem Ermessen, was an sich besser in einer bundesweiten Einheitlichkeit hätte geschehen sollen.

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl und weitere Landtagswahlen in diesem Jahr arbeitet sich nun zusätzlich die Opposition an dem Thema *Lockdown* ab. Unglücklich und ungeschickt zudem

das Agieren der SPD, die als Regierungspartner die Arbeit der gemeinsamen Koalition in Zweifel zieht oder sogar behindert. Ob all diese Kritiker die Pandemie besser bewältigen könnten, ist jedoch fraglich. Niemand hat je zuvor vor der Aufgabe gestanden, mit der es fertigzuwerden gilt.

Leider zögerte die Kanzlerin zu lange mit einem Machtwort. Viel zu spät verwies sie auf das Infektionsschutzgesetz, in dem die Möglichkeit, strenge, bundesweit einheitliche Maßnahmen zu verhängen, vorgesehen ist und dem sich die Landesregierungen unterzuordnen haben.

Der naheliegende Weg zur Eindämmung dieser Pandemie wird, so sehen es viele Bürgerinnen und Bürger, weiterhin viel zu zögerlich beschritten. Er heißt Impfen, wenn möglich Tag und Nacht und auch an den Sonn- und Feiertagen und das dann flächendeckend. Sinnvoll wären „Impf-Mobile“, die zu den Alten, wozu schon die über-Sechzigjährigen zählen, nach Hause kommen oder in Siedlungen, vor Verwaltungen und Straßenvierteln stationiert werden.

Die Menschen im Land sind verunsichert. Sie warten nach all den Appellen und Ankündigungen, nach den Redeschlachten und den Verwirr-Maßnahmen darauf, dass sie ihren konkreten Impf-Termin erhalten, damit endlich die Schutzmasken und die Hindernisse des Alltags fallen. Genau darum sollten sich die Verantwortlichen kümmern, egal wo sie sitzen.

B. Thonn, H. Diederich

Liebe Kameradinnen und Kameraden, der Monat März dieses Jahres 2021 war für uns alle der Monat der Ratlosigkeit. Natürlich hatten wir nicht erwartet, dass die Pandemie COVID 19 bis zu den Ostertagen besiegt oder zumindest unter Kontrolle gebracht würde. Einige Fortschritte und Erleichterungen hatten wir uns aber doch gewünscht. Nun heißt es weiterhin, zu Hause bleiben, einsame Spaziergänge machen, im Supermarkt nur kurz verweilen, Abstand halten, Masken tragen, in der Wohnung nur Einzelpersonen empfangen und oft Nachrichten hören. Man hat sich daran gewöhnt, aber der Verdruss wächst, die Geduld nimmt hingegen ab. Sie weicht der Erkenntnis, dass wir zunehmend rat- und hilflos werden. Sicher, wir können uns inzwischen jederzeit auf das Corona-Virus testen lassen. Wäre es aber nicht wichtiger, dass wir geregelte Impftermine bekommen? Durch den Verzicht von Impfberechtigten sind im März ca. 100.000 Dosen AstraZeneca nicht verbraucht worden. Sie wurden in NRW kurzfristig auf den Markt gebracht, und mehr als eine Million Berechtigte durften sich innerhalb einer Stunde darum bewerben. Es entstand ein Gerangel wie einst in der DDR, als es in der Vorweihnachtszeit ein minimales Kontingent an West-Apfelsinen gab. Es hieß: „Melden Sie sich telefonisch oder per Internet.“ Beides funktionierte nicht, weil die Annahmestellen umgehend überlastet waren. Wann wird das besser? Man hat den Eindruck, Politiker, Personal und Mediziner stolpern über die eigenen Füße, sie wollen alles besonders gut und gründlich machen, und dabei behindern sie sich gegenseitig. Es ist schon klar, dass wir mit der Bewältigung der schweren Krise absolutes Neuland betreten haben und es nicht leicht ist, Lösungen zu finden und zuzulassen. Aber ist es nicht so, dass es in anderen Ländern schneller und unkompliziert vonstattengeht? Wir Deutschen könnten ausnahmsweise von den Russen oder Israelis lernen und so das Abgleiten in eine Mangel- und Ellenbogengesellschaft, wie wir sie in der DDR hatten, vermeiden.

Die großen Parteien dürften anhand der Umfragen gemerkt haben, wie die Stimmung im Land ist und was die Menschen glauben und wollen. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben eine eindeutige Sprache gesprochen. Die beiden Koalitionsparteien wurden abgestraft wie lange nicht. Dass sie den Verlust an Prozenten als Warnsignal wahrgenommen haben, kann man jedoch nicht behaupten. Die CDU, die am deutlichsten verloren hat, verkündete, sie würde nun alles besser machen und ihr Tief überwinden. Macht sie das? Eine Frage, die die nächsten Landtagswahlen beantworten werden.

---

## Auf ein Wort des Redakteurs

---

Die SPD feierte sich gar als Wahlsieger, prompt rief sie das Regieren ohne CDU aus und hat doch selbst stark verloren. Die Grünen (mit oder ohne Bündnis 90 im Namen) redeten nur vom Klimaschutz, vom Klimaschutz und vom Klimaschutz (Zitat von Herrn Kretschmann), wiewohl wir durch die Pandemie unverhofft vielmehr CO<sup>2</sup> einsparen als erwartet und sich die Menschen inzwischen zunehmend Gedanken über dieses Thema machen und es der ewigen Holzhammer-Ideologie und Panikmache nicht mehr bedarf.

Worum geht es aber realiter? Es gibt eine einfache Antwort: Um die Menschen und nicht um die Parteien und schon gar nicht darum, wer Recht hat und wer die besten Prozente bekommt. Man kann die Antwort erweitern und hinzufügen: Das betrifft auch die Medien und alle (meist selbsternannten) Experten, die von einem Tag zum anderen die Bürgerinnen und Bürger verwirren. Wir als SED-Opfer sind durch die Krise von Pandemie und Politik doppelt betroffen. Wir werden noch weniger wahrgenommen als zuvor – und das heißt Einiges. Dennoch sind wir nicht stumm. Da es wegen Covid 19 kaum Möglichkeiten für Gesprächsrunden mit Politikerinnen und Politikern gibt, haben sich

unsere Aktivitäten mittlerweile auf das Schreiben an Abgeordnete und Mitglieder des Regierungskabinetts verlagert. Der Nachteil ist, dass man teils keine Antwort bekommt oder mit Textbausteinen aus dem Internet abgespeist wird. Das ist nicht neu. Wir haben auch für die Durchsetzung unserer Opferrente zwölf Jahre gebraucht. Natürlich waren wir um die Jahrtausendwende noch besser aufgestellt. Wir waren damals zahlenmäßig stärker, und wir hatten Mitglieder, die unmittelbar mit den Ministerien und Parteispitzen vernetzt waren.

Abgesehen davon lagen die Themen SBZ/DDR, MfS und politische Haft nicht so weit zurück wie heutigen tags und die Institutionen hatten noch nicht die Dominanz in der Aufarbeitung. Es gab danach schwere politische und gesellschaftliche Streitpunkte, die das Thema DDR-Opfer abdrängten. Fukushima, die Krim-Annexion, die Eurokrise, das Flüchtlingsdrama und Hongkong haben den politischen Fokus von uns weg bewegt. Die zwischenzeitliche Regierungsphase von Rot-B'90/ Grüne war für uns SED-Opfer nicht eben zuträglich. Die VOS selbst ist im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens ebenfalls durch einige Jammertäler gewankt. Auch wir hatten unsere Finanzkrise, wir hatten und haben eine Vorstandskrise, und die Zahl der Mitglieder sinkt unaufhaltsam.

Es ist das, was lange auf uns zukommen musste: Wir erleben keinen Zuwachs, denn es kommen keine politischen Häftlinge mehr nach. Letzteres – der Kampf für die Freilassung der inhaftierten Kameradinnen und Kameraden – war eines der beiden Grundziele des Verbandes. Die Wiedervereinigung hat uns diese Aufgabe abgenommen. Mit unserer zweiten Aufgabe sind wir bestenfalls auf der Zielgeraden. Es ist dies die soziale Besserstellung bzw. Absicherung aller aus der Haft Entlassenen und Verfolgten. Es ist nicht abzusehen, ob und wann wir diesbezüglich Fortschritte machen. Fest steht, und das zeigt diese Ausgabe, wir kämpfen unbeirrt weiter.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter-Kariger*

## AKTUELLE UND AUSFÜHRLICHE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

### Das Rentenüberleitungsgesetz: Vorstoß in das belastende Schweigen

Einzelheiten, Dokumentationen und Kommentare zum Stand eines anhaltenden Protests

<i>Titelseite</i>	Ein Verriss des Desinteresses und des eisernen Verharrens in der falschen Position	16
<b>Warten auf den Stoff, der das Leben wieder lebenswert machen soll</b>	<b>Die Geduld des Papiers und die Verschwiegenheit in der Politik</b>	
Über die Verschlingungen und Wirrnisse im Kampf gegen die Pandemie	Sind wir machtlos, sind wir am Ende?	16
<i>Redaktionsthema:</i>	<b>Es ist und bleibt ein zähes Ringen</b>	
<b>Was bedeutet in dieser Zeit Hoffnung? Wie realistisch denken die Politiker*innen?</b>	Auch wenn die Kanzlerin nicht antwortet, gehen die Bemühungen weiter	17
Wer durch die Haft gegangen ist, für die oder den ist die Pandemie nicht schlimm?	<b>Das Risiko einer weiteren gesellschaftlichen Polarisierung wird nicht geringer</b>	
2	Das Verhalten der ist dürftig und ausweichend. Und eigentlich eine Beleidigung	18 – 19
<b>Sind wir nun mit unseren Möglichkeiten und Aktionen am Ende?</b>	<b>Zwischen auffälliger Schiefelage und mangelnder Aktualität. Zwei Beiträge</b>	
Die Briefaktion in Sachen Kampf gegen das RÜG bleibt ohne echten Erfolg	Auf welchem Stand ist das Innenministerium?/ Die (zögernde) Rolle des Bundespräsidenten	19
4	<b>Wenn man keine Mehrheit ist, hat man es in Deutschland schwer</b>	
<b>13. August: Erneut auf das sportlich politische Ereignis verzichten</b>	Ein Fazit der Proteste. Aber nicht das Ende	20
Der Mauerweglauf 2021: Was wird?	<b>Männlich, weiblich oder beides – wer bestimmt, wie was geschrieben wird?</b>	
4	Anmerkungen zur richtigen Grammatikform	21 – 22
<b>Das war zunächst nicht zu erwarten</b>	<b>Geht es um die Opfer oder um gute Posten?</b>	
Im August 1990 entschloss sich die Volkskammer zur Freigabe der Stasi-Akten	Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam steht weiter in der Kritik	22
5	<b>DDR: Minderjährig, eingesperrt, verfolgt und VERRATEN</b>	
<b>Das Zellendasein und die „Eintragungen“ im Unterbewusstsein des Ex-Häftlings</b>	Ein Buch über den Umgang mit widerspenstigen Minderjährigen	23 - 24
Eine anekdotische Erinnerung an Ehrhard Göhl	<b>Die Vergänglichkeit der Dankbarkeit und der Verlust der Gerechtigkeit</b>	
6	Der Dichter Freiligrath durchschaute die Mühen der Demokratie und das Wesen eines Karl Marx	25
<b>Der kleine Sicherheitshelfer in vielen Dingen</b>	<b>Über Parteien und Grabinschriften</b>	
Jürgen Krahn zeigt den Parteien, wie man Wähler*innen erreichen kann	Die Enttäuschung der SED-Opfer über den Linkskurs der CDU	25
6	<b>Opferbeauftragter – wer wäre geeignet?</b>	
<b>Es ist gut, dass die Rehabilitierungsgesetze im Jahr 2019 entfristet wurden</b>	Ein weiterer Vorschlag für einen Kandidaten, der viel bewirken könnte	26
Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich über die Arbeit mit den Betroffenen	<b>Ein leerer Platz. Auch im Gedächtnis der Stadt-Oberen?</b>	
7	Der verschwundene Gedenkstein in Prenzlau	27
<b>Auch Betongötter können irren</b>	<b>Nachrufe</b>	
Die Entblätterung der Marx'schen These	Sigrid Richter, Hossein Yazdi	5, 10/11, 27
8	<b>Neue Adresse der VOS-Bundesgeschäftsstelle</b>	28
<b>Ein unerschöpflicher Aufarbeitungswille</b>	Briefe, Notizen	4, 22
Wolfgang Lehmann recherchiert und berichtet unermüdlich für sich und uns	Buchbesprechung	8, 23/24
9	Spender	27
<b>Es ging ihr um Aufklärung und Verständnis und um den Sinn der Demokratie</b>	Knastlexikon, Tagebuch	7, 22,25
Sigrid Richter war eine wichtige und beliebte Zeitzeugin, die uns fehlt. Ein Nachruf	Nachrufe, Verstorbene	4, 5 10/11, 27
10 – 11	Impressum / Aktuelles	28
<b>Der (gemutmaßte) Dissident mit dem freundlichen Benehmen, der ja nicht einmal über Westliteratur verfügte</b>	<b>Nächste Ausgabe(ohne Gewähr):</b>	
Sigmar Faust kann ohne Groll, doch mit einem Kopfschütteln auf die Berichte „seiner“ IM zurückblicken	- Elke Schlegel: Buchvorstellung von Siegfried Keil	
12 – 13	- Uwe Schwabe: Geschichte und Gegenwart	
<b>Wenn sich Demokraten selbst ernennen und bestimmen, wie Demokratie zu sein hat</b>	- Mauerbau: Die VOS vor 30 Jahren	
Deutschland hat per Losverfahren einen Bürgerrat bekommen. Musste das nun auch noch sein?		
14		
<b>Ich teile Ihr Anliegen und bedaure, dass Sie sich von uns vergessen fühlen</b>		
Auch der Bundestagspräsident kann nichts gegen das Rentenunrecht gegen die Übersiedler und Haftopfer tun		
15		
<b>Wider das unüberhörbar laute Schweigen der Medien und der Politik</b>		



## Weiter abwarten und stillhalten weckt nur falsche Illusionen und unerfüllte Hoffnungen

*Was können die SED-Opfer zur Besserung ihrer Situation noch tun? / Felix Heinz Holtschke über die Aussichten der Ex-Häftlinge und Verfolgten in den nächsten Jahren*

Liebe Kameradinnen,  
liebe Kameraden

die gesellschaftspolitische und soziale Stellung der Opfer der zweiten deutschen Diktatur im 31. Jahr nach der Wiedervereinigung ist im Vergleich zu den ehemaligen Systemträgern des SED-Staates unterprivilegiert und damit in beklagenswerter Weise abgewertet. Die Ideale der Friedlichen Revolution von 1989 scheinen aus politischem Kalkül von den regierenden Parteien in den letzten Jahren peu à peu über Bord geworfen worden zu sein.

Allein die öffentliche Diskussion, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist oder nicht, ist Beweis einer

gewollten und fortschreitenden Geschichtsumdeutung. Wir, die Betroffenen in den Flüchtlings- und SED-Opferverbänden, dürfen das nicht tatenlos hinnehmen. Wenn wir nicht in einer traurigen Bedeutungslosigkeit völlig untergehen wollen, müssen wir gerade jetzt für unsere legitimen Rechte kämpfen, jeder mit besten Kräften, jeder mit seinen Möglichkeiten, an allen möglichen Fronten und in allen Flüchtlings- und SED-Opferorganisationen.

Auch die Verantwortlichen in der UOKG sind hier gefordert! Gerade vom Dachverband müssen wir Verbandsmitglieder höchstes Engagement auf allen politischen Ebenen zugunsten unserer berechtigten Interessen einfordern dürfen. Denn wir, die sozialpolitisch absichtlich Benachteiligten, können nicht auf eine zufällige und vor allem späte Einsicht irgendeines nicht angepassten Richters an irgendeinem Sozialgericht warten.



Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion Norbert Geis, der als Rechtsanwalt eine Vielzahl von einschlägigen Sozialgerichtsverfahren führt, bestätigt seine diesbezüglichen Erfahrungen: Die Gerichte warten auf eine eindeutige Klarstellung seitens der Politik. Das pure Abwarten also ist eine pure Illusion! Wir befinden uns im wiedervereinten Deutschland derzeit noch im Finale einer historischen Jubiläums-Phase, die mit dem 30. Jahrestages des Mauerfalls am 9. November 2019 begann und am 13. August 2021 mit dem 60. Jahrestag des Mauerbaus enden wird. Darüber hinaus befinden wir uns in einem Superwahljahr! Wenn wir es bis zur Bundestagswahl im Septem-

ber nicht schaffen gehört zu werden und die politisch Verantwortlichen zu zwingen, eine glaubhafte Lösungsperspektive hinsichtlich unserer berechtigten Forderungen aufzuzeigen, haben wir endgültig verloren. Denn das 40. Jubiläum des Mauerfalls in 9 Jahren werden leider nicht mehr alle Vorkämpfer erleben. Ein Strategiewechsel im Kampf um gesellschaftliche Anerkennung und Rentengerechtigkeit wird für uns alle dann wohl unausweichlich werden.

Die Auswertung der Wahlprüfsteine der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wird uns jedenfalls den Weg weisen, wer noch an unserer Seite steht und wer nicht. Als politisches Feigenblatt sollten wir uns danach jedenfalls nicht mehr missbrauchen lassen.

Diese Botschaft darf innerhalb und außerhalb der Verbände weiterverbreitet werden.

*Mit kameradschaftlichen Grüßen  
Felix Heinz Holtschke,  
VOS-Landesvorsitzender NRW*

## Großen Dank und eine wesentliche Bitte

*VOS-Mitglieder oder Betroffene in der Nähe Jenas gesucht*

Lieber Bundesvorstand,  
lieber Hugo Diederich,  
☒ für die Glückwünsche zur Vollendung meines 80. Lebensjahres möchte ich mich auf diesem Weg auf das herzlichste bedanken.

Mit großer Freude halte ich euren Brief in den Händen und denke an die Zeit nach dem Ende der Gewaltherrschaft zurück, an unsere Erwartungen, an deren Erfüllung unser Verband mit seiner Arbeit wenigstens teilweise beitragen konnte.

Leider gibt es infolge Todesfällen, Wegzug usw. die Jenaer VOS-Gruppe nicht mehr. Oder irre ich mich diesbezüglich?

Vielleicht könnt ihr mir bei der Suche nach Kameraden in der näheren Umgebung etwas behilflich sein?

*Es grüßt euch euer Kamerad  
Gerd Wagner aus Jena*

---

## Hoffnung und Planungsunsicherheit

*Berlin-Brandenburger Mauerweglauf in diesem August: Ja oder nein? Und wie?*

Von Jahr zu Jahr ist der Mauerweglauf in Berlin und Brandenburg im August beliebter geworden. Es geht sowohl um das Kräfteressen in sportlicher Hinsicht wie auch um das Wachhalten der Erinnerung und die Ehrung der Opfer, über die heute kaum gesprochen und nachgedacht wird.

Im vorigen Jahr nahmen nun auch junge Bürgerrechtler aus Hongkong teil. Sie suchten nicht nur den Kontakt in Sachen Sport, sondern wollten sich auch über Wege zur Demokratie informieren. Wird es in diesem Jahr wieder eine solche Delegation geben?

Fakt ist, Free Hongkong bedarf unserer Fürsprache und der vollen Solidarität. Darum ist es wichtig, dass auch die VOS bei den Vorbereitungen des Großereignisses im August beteiligt wird. Hier sind alle gefragt, zumal es immer noch keinen neuen Bundesvorstand gibt.

*Valeria Bosse*

## **Dieser Entscheidung gingen wesentliche Aktionen voraus**

*Das Verbot zur Vernichtung von Akten des MfS wäre ohne das mutige Einschreiten von aufgebrauchten Bürgern nicht gekommen*

Am 24. August 1990 verabschiedete die DDR- Volkskammer ein Gesetz, das die Vernichtung der etwa sechs Millionen Personendossiers des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verbot. Freilich sah es zunächst gar nicht danach aus, dass ein solcher Beschluss würde zustande kommen können. Selbst der sogenannte Runde Tisch – mittlerweile immer mehr verklärt, zunehmend bei anderen Gelegenheiten nachgestellt und nahezu epigonenhaft zu einer Art Olymp erhoben – sprach sich ein halbes Jahr zuvor noch für die Vernichtung der Akten aus. Das Argument: Keine ausländischen Geheimdienste sollten hier einen Einblick bekommen.

Letztlich war es den Appellen der vielen (auch weniger prominenten) Betroffenen und dem resoluten Auftritt des späteren Leiters der anschließend geschaffenen Verwaltungsinstanz Joachim Gauck zuzuschreiben, dass die Volkskammer der Forderung zustimmte. Pfarrer Gauck warnte zwar eindringlich, dieses Gesetz würde gewiss mancherlei schmerzhaft Erfahrung mit sich bringen, doch am Ende war es ein begrüßenswerter Schritt in Richtung Wahrheit und geschichtlicher Aufklärung. Vor allem wurden damit die perfiden Machenschaften des SED-Staates mit seinem Vorreiter „Schild und Schwert“ offengelegt, und der Staat DDR, dieses demokratisch sich nennende Lügengebilde, wurde einmal mehr entlarvt. Ohne die Aktenöffnung, das ist nachweisbar, hätten viele nicht erfahren, was diesen Unrechtsstaat von Moskaus Gnaden ausmachte.

Unglaublich und bestürzend war dann allerdings die spätere Rolle der deutschen Justiz. Erich Honecker, langjähriger SED-Chef und Staatsratsvorsitzender, gewann im Ergebnis eines fragwürdigen juristischen Techtelmechtels wegen Befangenheit des Senats die Freiheit, Mielke, der andere Erich, wurde wegen eines bisher nicht aufgeklärten brutalen Delikts aus der Weimarer Zeit (und nicht wegen seiner DDR- Verbrechen) verurteilt, der ergraute Willi Stoph wurde krank gestempelt, Günter Schabowski, jahrelanger Chef-Redakteur beim staatlichen Hetzblatt Neues Deutschland, avancierte zum Medienheld, und Egon Krenz, der in den offenen Vollzug kam und in der Haft am Laptop arbeiten durfte, zerfloss mit den Seinigen in einem Tränenmeer von Selbstmitleid.

Die deutsche Justiz liebt die Täter, ist es nicht so? Hat es vielleicht mit Eigennutz zu tun? Denn dass sie im Umkehrschluss die Opfer hasst, stimmt natürlich nicht. Nur beobachten wir immer wieder, dass ihr die Opfer doch eher egal sind. Und wenn nicht das, lässt sich feststellen, dass die Opfer viel kritischer betrachtet werden als die Täter. Letztere gilt es zu resozialisieren und aufzupäppeln, damit sie sich für neue Untaten oder ihre politische Eigenwerbung in den Medien starkmachen und sich bedauern lassen können? Oder hat jemand andere Erfahrungen gemacht?

*Valeria Bosse / André Rohloff*

## **„Strafgefänger 382“ – der bittere Scherz für eine harte Zeit**

*Zum Tode von Hossein Yazdi*

Die Bautzen-II-er trauern um Hossein Yazdi, der am 4. Februar 2021 im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Yazdi, der sich selbst zuweilen schmunzelnd als „382“ bezeichnete, hat einen Großteil seiner fast 16-jährigen Haft in der MfS-Sonderhaftanstalt Bautzen II verbracht.



Hossein Yazdi wurde am 13. September 1934 in Teheran geboren und studierte ab 1954 Agrarwissenschaften in Leipzig. Von den Kommunisten enttäuscht, übermittelte er an den Geheimdienst des Iraner Schah-Regimes Informationen über in der DDR lebende kommunistische Exilanten.

Im Jahre 1961 wurde er zusammen mit seinem Bruder Feridoun verhaftet, vom Bezirksgericht Leipzig wegen „Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutz des Friedens“ zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt und kam nach Bautzen II. Dort folgte für ihn eine jahrelange strenge Isolation. Erst ein geplanter Staatsbesuch des Schahs in der DDR führte im Mai 1977 zur Haftentlassung.

Anfang der 1990er Jahre hob das Bezirksgericht Leipzig das Urteil von 1962 als unrechtmäßig auf. Danach arbeitete Hossein Yazdi in Berlin als Journalist. In Bautzen brachte er sich in der Gedenkstätte bis zuletzt verdienstvoll in die Zeitzeugenarbeit ein.

Wir verlieren mit Hossein Yazdi einen großartigen Menschen und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

*Rocco Schettler,*

*Opfer-, Förder- und Dokumentations-Verein  
BAUTZEN-II e.V.*

## **Sein Schicksal war bedauernswert, doch er hielt allem stand**

*Nachruf der VOS auf Hossein Yazdi*

Der Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer der VOS und der Redakteur der Freiheitsglocke schließen sich dem Nachruf vollinhaltlich an. Hossein Yazdi war ein aufrichtiger, zuverlässiger, ungewöhnlicher und ausnehmend freundlicher Kamerad, dessen Andenken die VOS allezeit in Ehren halten wird. Sein schweres Schicksal und das seines Bruders wurde auch in der Festschrift der VOS zu deren 50-jährigem Bestehen hinreichend gewürdigt.

## **Das trifft uns in NRW alle sehr**

*Landesgruppe trauert um Sigrid Richter*

Der überraschende Tod unserer Kameradin Sigrid Richter trifft uns Mitglieder der Landesgruppe der VOS in Nordrhein-Westfalen sehr hart.

Wir trauern um eine zurückhaltend freundliche Kameradin, die vor allem in der Zeitzeugen-Gruppe aktiv mitgewirkt und an junge Menschen demokratische Werte und Wahrheiten vermittelt hat und die wir vermissen. Ihr Andenken werden wir bewahren.

*Im Namen der Landesgruppe*

*Felix Heinz Holtschke (Landesvorsitzender NRW)*

## Die Wahl könnte mit dem Schlüsselanhänger gewonnen werden

*VOS-Kamerad Jürgen Krahn will mit einer Erfindung bei bestimmten Parteien punkten*

Es ist noch ein halbes Jahr Zeit bis zu den Wahlen (falls es keine Verschiebung gibt), aber es ist genau die Spanne, in der man sich in Sachen Stimmenfang wesentliche Anteile sichern kann. Die Erfahrungen früherer Jahrzehnte sprechen da eine deutliche Sprache.

Um dieses halbe Jahr effektiv für Wahlwerbezwecke ausnutzen zu können, möchte ich auf ein kleines, handliches und kostengünstig herzustellendes Werbemittel hinweisen. Es handelt sich um einen Universalschlüssel, der Türen schließen kann und am Schlüsselbund zugleich als Einkaufschip zu nutzen ist. Ursprünglich war die Idee, ihn in den unterschiedlichen Grundfarbkombinationen für Parteien zu produzieren und ihn anschließend je nach Bedarf mit einem Parteilogo zu versehen. Welche Partei ich bevorzuge, möchte ich nicht verraten, da die VOS und die Freiheitsglocke als parteipolitisch unabhängig gelten. Natürlich könnte es sein, dass sich im Logo ein großes C befindet ...

Der Chip, den ich entworfen habe, bleibt problemlos am Schlüsselbund hängen und muss bei keiner Aktivität entfernt werden. Er ist leicht, haltbar und sieht gut aus. Die Produktion hat bereits begonnen, erste Bestellungen sind eingegangen, und die Lieferungen erfolgen schon Anfang Februar. Wenn sich jemand dafür interessiert, kann er gern bei mir ein Muster anfordern oder auch Vorschläge oder Wünsche für sein ganz spezielles Design äußern. Ich könnte mir vorstellen, dass der Chip auch für eine Partei mit dem Anfangsbuchstaben S oder F interessant sein könnte. Was darüber hinaus geht, wäre zu prüfen. So wie die politische Lage im Land ist, würde ich es für das sinnvollste halten, wenn die CDU die Bundestagswahl gewinnt und eine starke Persönlichkeit das Land an der Spitze einer Regierung vertritt. Viele Möglichkeiten gibt es da ja nicht. Farbenmäßig wäre es schwarz-grün.

Wogegen ich mich vehement wehre, das ist ein Linksbündnis, an der die ehemalige SED, heute Linkspartei, beteiligt ist. Es wäre ein Verrat, wenn sich die Grünen, zu denen immer noch das Neue Forum gehört (worüber aber niemals gesprochen wird) auch nur gedanklich darauf einlassen. Wäre es so, dann wäre es aus meiner Sicht eine unabdingbare Konsequenz, dass die letzten noch in dieser Partei verbliebenen ehemaligen Bürgerrechtler der DDR ihre Mitgliedschaft unter Protest beenden.

Um auf meinen Chip zurückzukommen: Ich würde niemals einen solchen für Werbezwecke für die Partei Die Linke entwerfen und herstellen. Nicht für einen sechs- oder siebenstelligen Euro-Betrag.

Aber gut, es wird nicht soweit kommen. In den Zeiten der Pandemie-Bekämpfung hat Links kein Profil gezeigt. Ich muss vermutlich keine Nachfrage nach meinen Chips befürchten. Das L könnte sich allerdings für einen Kandidaten eignen: Laschet. Oder doch eher ein S? Es stünde für Söder. Wir werden sehen. Es ist ja noch Zeit. Ein halbes Jahr. *Jürgen Krahn / ARK*

**In der nächsten Ausgabe folgen auch Fotos.**

## Eine Warnung, die nicht ohne tieferen Sinn gewesen ist

*Erinnerungen an Ehrhard Göhl*

Im Herbst 1975 hielt ich in Darmstadt einen Vortrag über meine Haftjahre im Zuchthaus Waldheim. Als es zur Diskussion kam, stand ein älterer Kommunist im Publikum auf und fragte mich, ob mir denn nicht bewusst gewesen wäre, gegen DDR-Gesetze verstoßen zu haben. Ich antwortete, das wäre richtig, aber wenn man demokratisch erzogen wäre wie ich und über ein entsprechendes Gerechtigkeitsempfinden verfügte wie ich, müsste man gegen diese Gesetze verstoßen. Dann zog ich das Strafrechtsergänzungsgesetz, das am 11. Dezember 1957 von der „Volkskammer“ der DDR verabschiedet worden war, aus der Tasche und erläuterte an mehreren Paragrafen, dass die DDR kein „fortschrittlicher“ Staat wäre, wie immer behauptet wurde, sondern ein „reaktionärer“. Denn in diesem Staat, der sich nie freien Wahlen hätte stellen müssen, wäre alles, was Bürgertum und Arbeiterklasse im 19./20. Jahrhundert erkämpft hätten, abgeschafft worden: Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, Streikrecht.

Der Kommunist stand wortlos auf und ging, Ehrhard Göhl, der dem Vortrag beigewohnt hatte, kam strahlend auf mich zu und gratulierte mir.

Nach dem Mauerfall 1989 war Ehrhard Göhl damit beschäftigt, das Zuchthaus Cottbus zu einer Gedenkstätte umzugestalten. Die Lokomotive des „Grotewohl-



Express“ hatte er schon ausfindig gemacht und im Zuchthaus aufstellen lassen. Um 1995 besuchte er mich und den Schriftsteller Erich Loest (1926 bis 2013), mit dem er in Bautzen II. gesessen hatte, in Bonn. Er erzählte, er hätte in Berlin zu tun gehabt und wolle nach Cottbus fahren, hätte aber vergessen, sich dort ein Hotelzimmer zu bestellen.

Es war schon nach Mitternacht, als er auf der Autobahn nach Cottbus weiterfuhr und ihm einfiel, dass er ja die Zuchthaus-schlüssel in der Tasche hatte. Also übernachtete er in einer Zelle und ging am nächsten Morgen fröhlich frühstücken.

Als er das später in Häftlingskreisen weitererzählte, kamen einige Mithäftlinge zu ihm und fragten, ob sie nicht auch einmal in ihrer alten Zelle übernachten dürften. „Seid ihr wahnsinnig?“, herrschte Göhl sie an: „Ihr könnt doch gar nicht wissen, wie eure Psyche darauf reagiert. Ihr wacht dann in der Nacht auf, seht das Gitterfenster und greift zum Strick!“

Da nahmen sie Abstand davon.

*Jörg B. Bilke*

**Das Foto** zeigt jene Stele zum Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953, für deren Aufstellung sich Ehrhard Göhl aktiv eingesetzt hat.



# Beratung und Betreuung wird gefördert durch den BAB

*Geschäftsstelle der VOS wird vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten erheblich unterstützt*

In der letzten FG-Ausgabe haben wir sehr viel über die neue Geschäftsstelle der VOS berichtet. Fast nebenbei berichteten wir u. a., dass der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED Diktatur von Berlin (BAB) Tom Sello den Umzug und die Einrichtung finanziell unterstützt hat. Doch diese finanzielle Unterstützung ist nur ein Teil, denn der Berliner Landesverband der VOS wird seit Jahren von der BAB und somit durch das Land Berlin für die Beratung und Betreuung der Berliner Opfer unterstützt. So deckt der BAB 62 % der Miete ab, Fixkosten für den laufenden Betrieb und ein monatliches Gehalt von 32 Stunden wöchentlich für die Beratung und Betreuung der Berliner Betroffenen.

Seien wir mal ehrlich, wie oft kommen Mitglieder vom Gesamtverband in die Geschäftsstelle, dies ist sehr selten. Ratsuchende für die Beratung und Betreuung sind es wesentlich mehr, ob körperlich anwesend, per E-Mail oder telefonisch. Eine Beratung vor Ort ist unter den jetzigen Bedingungen schwierig, ja teilweise unmöglich, vieles kann jedoch auf anderen Wegen erledigt werden.

Wichtig ist, momentan ein wenig mehr, dass ein Ansprechpartner da ist, wo man seine Sorgen und Nöte loswerden kann.

Wir als Betroffene wissen nur allzu gut was geschieht, wenn wir uns fremden Menschen mit unserem Erlebten in der Diktatur anvertrauen, dann kommt die Skepsis und die Ungläubigkeit des Gegenüber.

Nichtsdestotrotz finden einige Termine auch vor Ort statt. So bekam ich vor kurzem den Anruf eines Betroffenen, der mir sagte, er bekomme seit 2011 die Opferrente nicht mehr. Vor Ort konnte ich dann seine Unterlagen sichten und nach weiterem Befragen stellte sich heraus, es betraf einen Passus, der im Jahr 2010 in das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz aufgenommen wurde. Der Betroffene wurde im Jahre 2007 zu einer Haftstrafe von über drei Jahren verurteilt, was aus dem Zentralregister ersichtlich ist (§ 17a, Abs. 7 StrRehaG). Ich gab ihm den Rat, einen aktuellen

Auszug aus dem Zentralregister einzuholen, eventuell Verjährung. Die Beratung hat sich in den letzten Jahren geändert. Waren es in den 1990er Jahren die Rehabilitierungen und Kapitalentschädigungen, ab 2007 die Opferrente, so ist die Beratung heute vielfältiger geworden. Bei einer vollzogenen Haftstrafe haben wir konkrete Daten, aufgrund derer rehabilitiert werden



kann. Das sieht zum Beispiel bei Heimkindern ganz anders aus. Manche Betroffene können sich noch an die Namen der Heime erinnern, jedoch nicht mehr, wo diese waren. Dann beginnt die Suche mit Anschreiben an die heutigen Kommunen und oft kommt als Antwort: Nicht mehr auffindbar. Eine Nachweisführung ist dann schwierig. Hier kann unser Gesamtverband hilfreich sein. Einer Mutter, Mitglied in der VOS, wurden während ihrer Haft die Kinder weggenommen und ins Heim verbracht. Die Tochter meldete sich bei der VOS zwecks Rehabilitierung ihrer Heimjahre. Hier erhielten wir über die Mutter wertvolle Hinweise für das Rehabilitationsverfahren. Als Mitglieder werden wir über die Freiheitsglocke über Neuerungen stets informiert und können handeln. Was ist aber mit denen, die nicht informiert sind. Es gibt die unterschiedlichsten Beweggründe, weshalb es heute noch Anspruchsberechtigte an die Opferrente gibt, die nichts davon wissen.

So rief ein gut situerter älterer Arzt an. Natürlich hatte er ein Anliegen, glaubte jedoch nicht, dass er die Opferrente bekommen würde, denn es würde ihm doch sehr gut gehen. Er kannte die Details nicht.

Ich riet ihm, einen Antrag zu stellen und nach ca. zehn Monaten bekam ich den Anruf mit einem Dankeschön.

Es kann aber auch der andere Fall sein. Letztes Jahr meldete sich ein Betroffener und erzählte mir, dass er in DDR-Haft war und von der Grundrente lebe. Es stellte sich heraus, dass er lange Jahrzehnte der Bundesrepublik den Rücken gekehrt hat. Auf einer entlegenen Insel malte er Postkarten und verkaufte diese. Mit dem Renteneintrittsalter kam er wieder zurück. Unterlagen von früher existierten nicht mehr. Meine ersten Fragen waren, wann in die Bundesrepublik und wo der erste Aufenthaltsort? Innerhalb von 14 Tagen hatten wir eine Kopie der 10/4 Bescheinigung des Häftlingshilfegesetzes von der Stadt Heilbronn.

Es ist gut, dass die Rehabilitierungsgesetze im Jahr 2019 entfristet wurden. Es wird sicher noch viele Jahre Anträge auf Rehabilitierung geben. Oft geschieht dies beim Eintritt ins Rentenalter, dann fängt der- oder diejenige mit der Aufarbeitung an. Es gibt auch immer noch einen großen Kreis von Betroffenen, die noch nicht im Rentenalter sind!

Eine wichtige Stütze kann auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn sein.

Eine Witwe unterrichtete uns vor kurzem, dass ihr Mann verstorben sei. Dann wünscht man Beileid und versucht in das Gespräch zu kommen. Da sie finanziell nicht so gut gestellt war und außergewöhnliche Kosten wie eine Beerdigung auf Sie zukommen, empfahl ich ihr in einem weiteren Gespräch einen Antrag an die Stiftung in Bonn zu stellen. Das Problem der Witwe war, ihr Mann hat sämtliche Unterlagen über Haft, Rehabilitation usw. vernichtet. Eine interne Anfrage bei der Stiftung ergab, dass dort bereits Unterlagen vorhanden waren.

FAZIT: Beratung und Betreuung wird auch in den kommenden Jahren notwendig sein. Dank der finanziellen Unterstützung für dieses Projekt, werden wir dies auch weiterhin umsetzen. *Hugo Diederich, Berater des LV Berlin der VOS*

# Arbeitsteilung: Falsch verstandene Lehrstunde für Pseudomarxisten

Gerd-Peter Leube stellt die Fehlerhaftigkeit der Lehre von Marx in Buchform vor

Es gibt wenige Autor\*innen, die sich gerade in der heutigen Zeit, da linke, marxistische und manch andere irreführende Er- und Bekenntnisse chic sind wie kaum in einer anderen Epoche, ernsthaft und wissenschaftlich mit den Werken von Marx und Engels auseinandersetzen bzw. die ca. 46 Werke überhaupt wirklich kennen. Bestenfalls finden sich Sprüche oder Zitate, die aus dem Zusammenhang geklaubt wurden und die genug Resonanz erzeugen, da sie ohnehin nicht richtig verstanden werden.

Zu denen, die den Marxismus bis ins Innere ergründen, gehört Gerd Peter Leube, der schon mehrfach mit seinen Ansichten und Erkenntnissen in der Freiheitsglocke in Erscheinung trat. Er hat nun die Ergebnisse seiner Untersuchung in sehenswerter Buchform veröffentlicht, so dass sie endgültig für die Nachwelt hinterlegt sind und man sie auch erwerben kann. Im Internetauftritt des Verlages heißt es zur Buchveröffentlichung: „Die mittlerweile kaum überschaubare Vielfalt an sich leider nicht selten widersprechende Forschungsarbeiten über gerechtes Wirtschaften in arbeitsteiligen Gesellschaften ist verwirrend. Dem soll auf möglichst einfache Weise abgeholfen werden. Dazu kann die bereits Aristoteles bekannte stetige Proportion als Grundlage dienen. Allein das Umformen dieser Gleichung führt zu einer von Einstein her bekannten

Form. Der große Unterschied dazu besteht allerdings darin, dass sie nicht zum Bomben bauen missbraucht werden kann, sondern nur die Energieeinsparung in und zwischen lebender Organismen begründet.“

---

## Gerd-Peter Leube:

### Ein kleiner Irrtum am Anfang ...

Karl Marx und das Grundgesetz der Arbeitsteilung 32 Seiten 978-3-347-21067-7 Erschienen: 2021  
13,99 Euro (Hardcover Preis)  
6,99 Euro (Softcover Preis)  
2,99 Euro (ebbok)

---

## Über den Autor des Buches:

Gerd-Peter Leube ist ein VOS-„Urgestein“. Er wurde 1942 in Erfurt geboren, absolvierte nach der Schule eine Ausbildung zum Fernmeldemechaniker und bezog sehr früh eine kritisch begründete Haltung gegenüber dem Arbeiter- und Bauernstaat, durch den er sich spürbar eingeengt fühlte.

Nachdem er per Flucht versucht hatte, die DDR zu verlassen und dabei verhaftet wurde, wurde er von einem DDR-Gericht verurteilt und verbüßte seine Strafe als politischer Häftling wie viele andere auch.

Nach der Entlassung – er ging in die DDR zurück – konnte er ein Ingenieurstudium antreten und arbeitete später als Technologe in einem Erfurter Großbetrieb. An seiner kri-

tischen Haltung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft änderte all dies jedoch nichts. Sowohl die wirtschaftliche Misere wie auch der politische Druck im SED-Staat veranlassten ihn allerdings dazu, einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik zu stellen und an Demonstrationen gegen die weiter sich verschlechternden politischen Verhältnisse im SED-Staat teilzunehmen. Dadurch geriet Gerd-Peter Leube abermals in Haft. Nach der Entlassung blieb er zwar in der DDR, aber der sozialistische Staat wurde ihm fremder denn je, er bezog mehr



und mehr eine Position der inneren Emigration und ließ sich, um den Sinn des Marxismus besser begreifen zu können, auf ein Studium der kommunistischen "Klassiker" ein.

Nach dem Zusammenbruch des angeblichen Friedensstaates DDR trat er der VOS bei, um Kontakte zu anderen ehemaligen politischen Häftlingen zu unterhalten und diese zu unterstützen. Gerd-Peter Leube (Foto) ist inzwischen politisch rehabilitiert und lebt als Rentner in seiner Geburtsstadt Erfurt. Sein Interesse gilt ungebrochen der politischen Szene, er beleuchtet Hintergründe und hat sich, mit Verweis auf das hier vorgestellte Buch, durch die Irreführungen des Marxismus und Engelismus hindurch gearbeitet. Igor Gerd Lesnikow

**Ann. d. Red.:** Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Fg-Redakteur beglückwünschen den Autor zu diesem Buch und danken für die damit verbundene Mühe.

## Gerd-Peter Leube: Ein kleiner Irrtum am Anfang ...

### Karl Marx und das Grundgesetz der Arbeitsteilung



## Einfach beeindruckend: Die Wege führen bis ins heutige Namibia

Wolfgang Lehmanns Erinnerungen und „Fundstücke“ sind echte Zeitdokumente

Als ich am 3. Mai 1950 nach fast fünfjähriger sowjetischer Gefangenschaft in Frankfurt / Oder entlassen wurde, musste ich eine Schweigeerklärung unterschreiben. Dies und die Angst, wieder verhaftet zu werden, wenn man in der DDR darüber sprach, führten sicherlich dazu, dass ich bis zum Mauerfall nichts erzählte, ja nicht einmal etwas niederschrieb. Danach hoffte ich (allerdings etwas einfältig) auf eine Änderung, wurde jedoch schnell gewahr, dass genau das Gegenteil eintrat. Um diesem Vergessen entgegenzuwirken, bin ich seit 20 Jahren als Zeitzeuge in Wort und Schrift, vorzugsweise an Schulen, tätig.

So habe ich auf Bitte eines Heimatvereins in Spremberg (Niederlausitz) im März 2006 zum ersten Mal einen Bericht verfasst. Dieser stieß bald darüber hinaus auf Interesse, worauf ich ihn mehrmals erweiterte.

Nach meinem Vortrag vor der *Landsmannschaft der Ostseepreußen* im März 2016 in Bensheim kam ich mit Gerolf Fritsche vom PAMO aus Offenbach in Verbindung, woraus schnell Freundschaft entstand. So gab er meinem ‚groben‘ Bericht die Struktur, wie er seit dem 23. Oktober 2017 vorliegt

Am 20. Oktober 2017 durfte ich in Bensheim anlässlich der 61. Tafelrunde der *Landsmannschaft der Ostseepreußen* wieder über meinen Lebensweg berichten. Unter den Zuhörern waren auch der mir bisher unbekannt Dr. Hermann Koebe IV. und seine Ehefrau Elke. Er stammt aus Luckenwalde im Bundesland Brandenburg und war in vierter Generation Erbe der bedeutenden Feuerwengerätefabrik Hermann Koebe. Diese wurde nach dem Mauerfall nicht an ihn, den rechtmäßigen Eigentümer, zurückgegeben, sondern von der ‚Treuhand für 2 DM (!) an einen branchenfremden Deutsch-Amerikaner verhöckert.

Nach meinem Vortrag erzählte er mir, dass sein Vater, Hermann Koebe III., und sein Großvater, Hermann Koebe II., ebenfalls im

sowjetischen Speziallager Ketschendorf als Gefangene waren. Der Großvater, geboren am 31. Juli 1883 in Luckenwalde, ist am 1. Februar 1946 im Lager umgek-



men. Sein Vater sei, ebenso wie ich, unter den 315 Gefangenen gewesen, die am 31. Januar 1947 nach Sibirien in das Zwangsarbeitslager bei Prokopjewsk verschleppt wurden. In der sowjetischen Transportliste sind zwischen seinem Vater und mir 30 Namen aufgeführt. Da in einem (Vieh)-Waggon etwa 50 Menschen eingepfercht waren, ist es denkbar, dass wir beide in einem Waggon waren. Sein Vater hat, wie ich, Sibirien überlebt und

ist 1949 in das Deutschland, das nunmehr DDR hieß, zurückgekehrt. Seit unserer Begegnung in Bensheim bin ich mit dem Ehepaar Koebe in enger Freundschaft verbunden. Da Hermann bessere Kenntnisse im Umgang mit Rechnern hat, erlaubte ich ihm, meinen Fritsche-Bericht in seinem Verteiler zu verbreiten. Er sandte ihn unter der ansprechenden und zutreffenden Überschrift „Was in keinem Geschichtsbuch steht“ an viele ihm bekannte Personen. So gelangte dieser Bericht auch zu dem Bauunternehmer Helmut Lessing in Berlin, der unter anderem die *Kriegsgräberfürsorge* (KGF) in Namibia, dem ehemaligen kaiserlichen deutschen Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika, unterstützt.

In seinem Verteilerkreis erreichte der Bericht Harald Koch in Namibia, der in der Hauptstadt Windhuk der Erste Vorsitzende der KGF ist, und weitere Mitglieder. Nun war mein Sohn Ulrich von 2004 bis 2013 als Lehrer an der *Deutschen Höheren Privatschule* (DHPS) in Windhuk tätig. Seitdem leben er und seine Frau Sabine wieder in Bensheim. Sie haben in Namibia aber selbstverständlich noch Freunde und Bekannte.

Von denen schrieb jetzt Waldi Fritzsche an meine Schwiegertochter, ob es sein könnte, daß unter den tausenden Lehmanns möglicherweise doch eine verwandtschaftliche Beziehung zum Verfasser des Berichtes bestehen könnte, was diese selbstverständlich sofort bestätigte. So ergab sich der Weg zwischen: Rimbach – Offenbach – Rim-

bach – Brühl – Berlin – Windhuk – Bensheim - Rimbach

Wolfgang Lehmann, Rimbach  
Februar 2021, im 92. Lebensjahr

**Die Fotos:** Wolfgang Lehmann am 90. Geburtstag (oben) und als junger Mann.

**Anm.:** Der Redakteur dankt Kamerad Lehmann für den spannenden Bericht und sagt: Unbedingt weitermachen!

# Eine ängstliche Frau, die für die Botschaft der Freiheit mutig war

*Trauer, Dankbarkeit, Erinnerung. Zum Abschied von der Zeitzeugin Sigrig Richter*

Ende Januar 2021 verstarb unerwartet unsere von allen geschätzte Kameradin Sigrig Richter im Alter von erst 69 Jahren.



Da die Nachricht zu ihrem Tod kurz vor Redaktionsschluss einging, war in der vorigen Ausgabe nur eine kurze Meldung möglich. Nachfolgend veröffentlichen wir nun einen ausführlichen Nachruf, den Dr. Frank Hoffmann, der wissenschaftliche Begleiter des Zeitzeugen-Projekts der VOS in NRW, für die Freiheitsglocke zur Verfügung stellte.

Der völlig unerwartete Tod Sigrig Richters, die am 25. Januar 2021, an ihrem 69. Geburtstag, in einem Krankenhaus in Herne gestorben ist, hat nicht nur die Familie, sondern auch viele Freundinnen und Freunde, Weggefährten und Kameradinnen erschüttert. Hatten wir nicht noch vor wenigen Tagen Pläne für das neue Jahr geschmiedet, standen nicht aktuelle Dokumentationsaufgaben auf dem Programm der letzten Januarwoche? Im NRW-Zeitzeugenprojekt, das die VOS 2008 begründet hat, war sie eine der wirklich Aktiven, voller Engagement und mit überzeugender Klarheit ihrer Botschaft: Aufklärung über die Diktatur, Einsatz für unsere Demokratie und ihre Freiheit.

Und nun bleiben nur Erinnerung, Trauer und Dankbarkeit. Die Erinnerung gilt einer ebenso lebenswerten wie lebensklugen Frau, die ihren Garten und ihr Haus, ihre Familie und ihren kleinen Hund liebte, die die Welt kannte und gern bereist hat, auch und gerade, weil sie so viele Schicksalsschläge hatte aushalten müssen.

Trauer erfüllt uns im sorgenvollen Nachdenken über einen allzu frühen, ungeheuren Tod in dieser von der Pandemie zersetzten Zeit mit ihren Trennungen und Grenzziehungen, unter denen Sigrig Richter wohl mehr als andere gelitten hat.

Und doch bleibt die Dankbarkeit für eine in den Jahren gemeinsamer Arbeit gewachsene Freundschaft, für unzählige Gespräche bei den Fahrten zu und von den Schulen, in denen ich sie bei Zeitzeugengesprächen begleiten und die Veranstaltungen mit ihr moderieren durfte, für die stete Offenheit und nimmermüde Bereitschaft, sich immer neu auf die Aufgabe der Erzählerin der eigenen Biographie einzulassen.

---

**Aufklären und verständlich machen, warum die Menschen die Freiheit suchen und dass wir sie nutzen und verteidigen müssen.**

---

Und diese Aufgabe war und blieb schmerzhaft – bei jeder einzelnen Veranstaltung – und ein Grenzgang zwischen dem Schrecken der Erinnerung und dem Ethos der Wahrheit, aufzuklären und verständlich zu machen, warum die Menschen die Freiheit suchen und dass wir sie nutzen und verteidigen müssen.

---

**Der Schuldirektor entwendete dem Sohn in der Sportstunde den Hausschlüssel aus dem Turnbeutel, damit das MfS einen Abdruck für die Haus-suchung anfertigen konnte.**

---

Sie war eine ängstliche Frau. Das hat Sigrig Richter immer wieder von sich gesagt und es zu einem prägenden Element ihrer Selbstdarstellung gemacht: Behütet aufgewachsen als einzige, geliebte Tochter in einer – wie es in der DDR gern hieß: – „kleinbürgerlichen“ Postler-Familie in einer der schönen, ländlichen Regionen Mecklenburgs, ermöglicht in den 1960er Jahren eine Spezialausbildung für die Garten- und Landwirtschaft die Zulassung zum Abitur. Wie gern wäre sie in der Agrarforschung geblieben; allein die Angst vor möglichen technischemathematischen Hürden schreckte ab. Sie wären wohl, wie sie später wusste, zu meistern gewesen. Die

Liebe zu Pflanzen, Blumen, Bäumen und die fachlichen Kenntnisse blieben, wie alle erkannten, die ihren Garten bewundern durften.

Die eingeschlagene Ausbildung zur Lehrerin entsprach politischer Erwartung – „Jungs sollten zur Armee, Mädchen an die Schulen“, aber die Fächerwahl Deutsch und Kunsterziehung folgte auch persönlicher Neigung. Aus Angst vor dem Druck, als Lehrerin in die SED eintreten zu sollen, wählte die junge Greifswalder Studentin mit einer Freundin als scheinbare Alternative die Mitgliedschaft in der Blockpartei CDU. Doch die kleine List führte zum ersten Zusammenstoß mit dem System. Die FDJ-Gruppe machte daraus eine große Sache mit Versammlungen, Erklärungsdruck und verlogener Interpretation.

Aber noch blieb die junge Frau brav bei der Linie. Erst gut ein Jahrzehnt später, längst verheiratet mit dem Zahnarzt Rainer Richter, Mutter eines Sohns und geachtete Oberschullehrerin, mehrten sich die Zweifel. Gewiss, der dem System gegenüber viel kritischere Ehemann mit seiner ganz anderen Sozialisation hatte längst begonnen, Wissenslücken zu schließen und Skepsis zu wecken. Aber es waren nicht zuletzt die Erfahrungen in der Schule, die in der Lehrerin die Erkenntnis wachsen ließ, dass gerade junge Menschen immer seltener bereit waren, sich mit den ideologischen Lehren und Parolen abzuspeisen.

Es brauchte Jahre, damit Mut und Selbstbewusstsein wuchsen, um den Kampf mit der Diktatur aufzunehmen. Ausreiseantrag folgte auf Ausreiseantrag, Ablehnung auf Ablehnung. Den Schuldienst hatte sie sorgsam so quittiert, dass ihre Klasse keinen Schaden nahm; immer bedacht um Freundlichkeit. Und doch sollte – jenseits der Pose, ob man der beliebten und tüchtigen Kollegin zum Abschied einen Blumenstrauß überreichen dürfe – gerade der durchaus respektierte Schuldirektor sich als trostlose Gestalt und Helfershelfer der Stasi entpuppen:

---

→ nächste Seite oben



Er entwendete dem Sohn Thomas Richter in der Sportstunde den Hausschlüssel aus dem Turnbeutel für einen Abdruck, damit das MfS später die Wohnung der Familie inspizieren konnte. Darüber war Sigrid Richter jedes Mal aufs Neue fassungslos, wenn sie von dieser Gemeinheit erzählte.

Es war am Ende ein perfider Kriminalisierungsakt des MfS, der Sigrid Richter und ihren Mann in die Falle lockte: ein falsches Schleusungsangebot, von dem sie zwar unmittelbar zurücktraten – und das sie doch in der paradoxen Unlogik des Unrechtsstaats für mehrere Jahre hinter Gitter bringen sollte.

---

**Jede Veranstaltung, war ein Grenzgang und immer eine Herausforderung, sich den eigenen Ängsten zu stellen.**

---

Diese Geschichte von Verhaftung und Verhören, vom Gerichtsurteil und der Strafhaft im Schreckensort Hoheneck, auch von der böswilligen Instrumentalisierung des einzigen Sohns durch die Schergen der Tyrannei, die am Ende sogar noch Thomas Richters Übersiedlung zu den freigekauften Eltern so lange hinauszögerten, dass er Weihnachten 1986 nicht bei ihnen sein konnte – all das gehört zu den unaufhebbaren Verbrechen des SED-Staats, über die Sigrid Richter mit klarer, niemals rachsüchtiger Stimme Zeugnis abgelegt hat.

Und ich kann als Begleiter an diese Zeitzeugentermine nicht zurückdenken, ohne wie Sigrid Richter auch an Irmchen zu denken, ihre kecke, freche, wunderbare Freundin, die ihr in Hoheneck geholfen hat zu überleben.

Als diese Lebensfreundin vor einigen Jahren, kurze Zeit nach dem Ehemann Rainer Richter und Frau Richters Mutter, ziemlich unvermittelt verstarb, glaubte ich nicht, dass Sigrid Richter weiterhin als Zeitzeugin würde wirken können – zu eng waren all diese Personen mit ihrer Geschichte verbunden. Und natürlich zog sich Sigrid Richter für einige Monate zurück. Aber dann erwiesen sich ihre Kraft und Energie als stärker als alle

Angst und Trauer und neue Zeitzeugenstunden an Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen reihten sich aneinander. Wie viel Mut ist wohl schon in den Jahren der Haft gewachsen, um die Angst zu beherrschen und zu überwinden? Ein ständiger Grenzgang, war doch jede Veranstaltung immer eine Herausforderung, sich den eigenen Ängsten zu stellen.

Dabei wuchs das Vertrauen zwischen der Zeitzeugin und dem be-

gleitenden Historiker, langsam, aber stetig. Am Anfang gab es sicher auch ein Stückchen Angst gegenüber diesem „Historiker“, der all das

wohl studiert oder gelernt hatte, über das sie gestützt auf die eigene Erfahrung sprach und urteilte. Manchmal konnten wir uns festhalten, ob denn nun die KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 oder nicht doch später war. Eigentlich ein ganz harmloses und unbedeutendes Detail, wir haben es dann zu einer Art „running gag“ gemacht, über den wir nur allein lachen konnten.

---

**Die Arbeit des Gedächtnisses ist eine täglich neue Schöpfung der Erinnerung. So überzeugen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wie Sigrid Richter durch das lebendige Erzählen ihrer ganz persönlichen Geschichte.**

---

Angst gab es sicher auch gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Immer auch die Sorge, ob das Erzählte ankommt, verstanden wird, ob Interesse erkennbar wird: „Und wenn dann keiner fragt?“ Die geborene Lehrerin wollte dann lieber selbst fragen und die Kurs-

gruppe prüfen, was mitunter fröhliche Turbulenz und Heiterkeit schuf, manchmal sogar zur Verblüffung der beteiligten Lehrerinnen und Lehrer. Aber das war in jeder Stunde immer wieder ganz anders. Und wenn sie vorbei war, das Aufatmen und Durchatmen und dann die verdiente Belohnung, eine Zigarette vor den Toren der Schule. Schlagartig waren Ruhe und Entspannung zurück.

Gerade die nie erstrebte Gelas-

senheit oder gar Routine machte aber die große Qualität der Zeitzeugin Sigrid Richter aus. Wie im Lehrbuch konnte man ihr bei der Arbeit des Gedächtnisses als täglich neue Schöpfung

der Erinnerung zuhören und zusehen. Das war kein ausgeklügeltes Narrativ, das war lebendiges, glaubhaftes Erzählen von Geschichte.

Und so haben die Schülerinnen und Schüler die Geschichte Sigrid Richters immer wieder mit brennender Aufmerksamkeit, oft mit Bestürzung und wirklichem Mitleiden wahrgenommen. Noch bei der letzten gemeinsamen Veranstaltung, bei der Auslandsgesellschaft in Dortmund am 7. Oktober 2020, gingen alle nach ihrem Vortrag mit Ernsthaftigkeit und tief beeindruckt aus dem Raum. Jetzt im Frühjahr 2021 wollten wir weitermachen.

Am 22. Februar 2021, in der Mittagsstunde, haben wir Sigrid Richter auf dem Evangelischen Friedhof in Witten an der Seite ihres Mannes beerdigt, pandemiebedingt in einem kleinen Kreis. Doch die Trauer hält an und die Dankbarkeit und die Erinnerung werden bleiben und wachsen.

*Frank Hoffmann, Bochum*





# Westliche Literatur wurde beim Dissidenten nicht festgestellt. Stattdessen erwies er sich als freundlich und entgegenkommend

*Die Anfänge eines Schriftstellers in einer unvorstellbaren und doch einstmaligen wahren Welt*

In seinem neuen authentischen Beitrag berichtet Ex-Dissident und mehrfach-SED-Opfer Siegmund Faust für die Freiheitsglocke über seinen beharrlich eroberten Status als junger, eher orientierungsloser, aber allemal DDR-kritischer Schriftsteller, den das Ministerium für Staatssicherheit noch vor den eigentlichen Anfängen des Schreibens zum Staatsfeind und somit zum lohnenswerten Überwachungsobjekt auserkoren hatte.

Anzumerken ist, dass aufgrund früherer negativer VOS-Erfahrungen in diesem Beitrag keine Namen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des unbeliebten Organs genannt werden. Damit werden jedoch keine Tatsachen entstellt oder gekürzt. Auch die satirische Ader des Erzählers bleibt erhalten.

Als freier Schriftsteller durfte in der DDR faktisch nur derjenige leben, der durch Mitwirkung von zwei Bürgern in den Schriftstellerverband aufgenommen worden war, ansonsten konnte jeder nach § 249 wegen asozialer Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bestraft werden, wenn sich jemand „aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist“.

Das konnte mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft werden. Lediglich der Liedermacher Wolf Biermann, gegen den 1965 ein Auftritts- und Publikationsverbot verhängt worden war, konnte sich in Ost-Berlin wegen der Ermordung seines Vaters im KZ Auschwitz und auch wegen seines gewachsenen Bekanntheitsgrades, den er als regimekritischer Kommunist vor allem im Westen genoss, wo seine Schallplatten und Bücher ausschließlich erschienen, als Freiberufler im Osten der geteilten Hauptstadt Berlin gut über Wasser halten, zumal der SED-Staat an seinen Honoraren profitabel mitverdiente, denn der zockte wie in der Regel auch bei anderen Autoren oder Künstlern, die Westgeld verdienten, 60 Prozent der

harten Währungen ab, wofür sie dann nur die billigen Alu-Chips (Münzen aus Leichtmetall) der DDR ausgezahlt bekamen. Für 40 Prozent des Resthonorars wurden ihnen zumeist Gutscheine ausgehändigt, die in extra eingerichteten Großstadt-Läden mit dem Namen Intershop gegen Westwaren, vor allem Genussmittel, technische Geräte und Textilien, eingetauscht werden durften.

---

**„Von dem Faust wurde ich sehr freundlich aufgenommen, man kann sagen, dass er sich über meinen Besuch freute.“**

---

Dass so ein Künstler wie Wolf Biermann von der Stasi rundum beobachtet wurde, dürfte klar gewesen sein. Aber was hatte ich an mir, dass sie sich so für mich interessierten, nachdem ich ihr Angebot, für sie zu spitzeln, abgelehnt hatte?

Denn was ich damals nicht wusste und nicht wissen durfte, war überraschend: Zwei hauptamtliche Stasi-Apostel der Leipziger Bezirksverwaltung (Linie XX) erarbeiteten einen Maßnahmenplan „zur schwerpunktmäßigen Bearbeitung des Verdächtigten Faust“.

Darin hieß es:

1. *Aufklärung der familiären Verhältnisse des Faust. Schwerpunkt liegt dabei auf den Wohnverhältnissen zur Überprüfung der Einsatzmöglichkeiten der operativen Technik und der Durchführung einer konspirativen Durchsuchung.*

2. *Aufklärung seines Wirkungskreises im Bezirk Dresden*

a) *Puschkin-Haus in Dresden, Zirkel unter Leitung ... ..*

b) *In der Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren*

3. *Einleitung einer Postkontrolle zur Feststellung seiner Verbindungen, besonders nach Leipzig*

4. *Auswahl eines geeigneten IM zum Zwecke des Ansetzens an den Faust nach Ermittlung der familiären Verhältnisse und des Wirkungskreises*

5. *Durchführung einer Beobachtung des Faust*

Zur Erledigung der Aufgaben setzten sie sich den Termin 1. April 1969. Ob keinem dieser Aprilscherz aufgefallen war? Mein geistiger Schriftsteller- und Dichtervater J. W. von Goethe ließ mich zudem im zweiten Teil seines Hauptwerkes sagen:

*Doch im Erstarren such ich  
nicht mein Heil,  
Das Schaudern ist der  
Menschheit bester Teil;  
Wie auch die Welt ihm das  
Gefühl verteure,  
Ergriffen, fühlt er tief das  
Ungeheure.*

Es dauerte nicht lange, da meldete sich per Postkarte ein gewisser XY-001 zu Besuch an, den ich eigentlich nur oberflächlich kannte. Ich wusste nur, dass er Kulturwissenschaften studierte. Ich schätzte ihn drei, vier Jahre älter als mich ein. Er hätte von den Ungerechtigkeiten erfahren, die mir widerfahren seien, meinte er ...

Wahrscheinlich würde ich mich an seinen Besuch kaum erinnern, wenn ich nicht später seinen sechs Seiten langen Bericht hätte lesen können, der mit dem Satz beginnt:

*Von dem Faust wurde ich sehr freundlich aufgenommen, man kann sagen, dass er sich über meinen Besuch freute.*

Dann geht es darin sachlich weiter: *Faust bewohnt in Heidenau unter der angegebenen Adresse eine Dreizimmer-Altbau-Wohnung zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern (Jungen). Die Wohnung ist einfach bürgerlich eingerichtet. Er verfügt über eine ansehnliche Bibliothek. Dabei handelt es sich lediglich um DDR-Erzeugnisse, westliche Literatur konnte von mir nicht festgestellt werden.*

Natürlich habe ich ihn bewirtet, während wir uns angeregt unterhielten, so dass er anschließend durchaus sachlich und umfassend weiter berichten konnte:

---

→ nächste Seite

→ von voriger Seite

Er ist beschäftigungslos und hat auch nicht vor, vorläufig eine Tätigkeit aufzunehmen. Das begründet er damit, dass seine Frau, die berufstätig ist, auf Grund ihres Facharbeiterbriefes mehr verdienen kann als er und ohnehin einer der beiden die Kinder (alle unter dem schulpflichtigen Alter) beaufsichtigen muss. Er führt praktisch den ganzen Haushalt.

Bald ging es in seinem Bericht um das Eigentliche, obwohl er sich sogar äußerst zurückhaltend verhielt:

Seine Gruppe in Leipzig, deren Existenz er noch einmal ausdrücklich bestätigte, bezeichnet er als die „Zelle“. Bedingt durch die Zelle und seine Tätigkeit, müsse er monatlich mehrere Tage nach Leipzig kommen, „da man ja immer an den Brennpunkten arbeiten müsse“. Wo sie zusammen kommen und was sie konkret tun, ist mir nicht bekannt. Ich befragte ihn auch nicht danach. Er teilte mir lediglich mit, dass man sich vorwiegend mit kulturpolitischen Problemen befasse.

Aus dem Bericht erfuhr ich noch, dass ihm meine Gedichte nicht gefielen. (Oje, das würde mich ja noch heute beleidigen, wenn sie ihm gefallen hätten! Und es ist ja glücklicherweise nicht jeder halbwegs Schreibkundige zum Literaturkritiker berufen). Im Übrigen kam es noch schlimmer:

Er selbst zeigte mir einige Produkte seiner literarischen Arbeit, die er in den vergangenen Tagen produziert hatte. Diese Werke sind auf keinen Fall möglich, dass sie einem DDR-Verlag angeboten werden können, da sie praktisch eine extreme Form der kulturpolitischen Hetze gegen unsere Regierung und Partei darstellen.

Du hast ja ein Ziel vor den Augen, sagte ich mir in Anlehnung an eine abgedroschene SED-Schnulze, da ich den Sozialismus ja vorerst noch immer nur verbessern, demokratisieren, vor allem vermenschlichen wollte wie jeder Idealist, der sich noch den Luxus leistete, an diese Alternative zum Kapitalismus zu glauben, den ich nur aus Lehrbüchern kannte.

Er muss in Leipzig sehr viele Bekannte haben, durch die Besuche

ist er stark ausgelastet. Er hat nicht die Absicht, ein Fern- oder Direktstudium aufzunehmen, da er zu der Auffassung gekommen ist, dass ein Studium an einer unserer Hochschulen genau so unbedeutend sei wie ein gesteuertes und ideologisch ausgerichtetes „Parteilernen.“

---

**Sie sollte mir gegenüber eine Grundhaltung der Identifikation mit den Liberalisierungstendenzen in der ČSSR einnehmen.**

---

Damals sagte ich mir noch tapfer und trotzig, nachdem ich schon zweimal aus politischen Gründen von Hochschulen zwangsexmatrikuliert worden war:

Ich werde hierbleiben  
und mich bescheiden  
und werd' mich rötlich nähren,  
jedoch der Stalinisten erwehren.

Ganz sicher, so meinte ich, würde ich das Tor zur Zukunft noch finden, ich würde es mit offenem Visier durchschreiten und den Aufbruch anzetteln. ALLONS! Der Weg ist vorgezeichnet.



Walt Whitman (US-amerikanischer Schriftsteller, Dichter und Essayist – 1819 bis 1892 – d. Red.)  
ich folge dir!

*Mein Ruf ist Schlachtruf, ich  
schüre tätigen Aufruhr,  
wer mit mir geht, muss  
wohlbewehrt gehen,  
wer mit mir geht, geht oft mit  
kärglicher Kost,  
mit Armut, grimmiger Feindschaft,  
Fahnenflucht.*

Aktuell war damals, dass sich am 16. Januar 1969 in der Hauptstadt des sozialistischen Bruderlandes ČSSR der Student Jan Palach auf

dem Prager Wenzelsplatz öffentlich verbrannt hatte. In einer abgestellten Tasche Palachs fanden Polizisten ein handschriftlich verfasstes Schreiben, in dem es hieß:

*In Anbetracht dessen, dass sich unsere Völker am Rande der totalen Hoffnungslosigkeit befinden, haben wir beschlossen, unseren Protest zu erheben und das Volk dieses Landes wachzurütteln.*

XY-001, der sich einen passenden Decknamen ausgesucht hatte, berichtete weiter:

*Die versuchten Selbstverbrennungen in der ČSSR hält er für ein Symptom der patriotisch und freiheitlich gesinnten tschechoslowakischen Nation. Das sei der mögliche und wirkungsvolle Widerstand gegen die sowjetische Unterdrückung.*

Um das Kapitel dieses IM abschließen zu können, hätte ich gern gewusst, was aus XY-001 geworden ist. Doch er ist verschwunden und hat keine Spur hinterlassen. Immerhin leistete er Vorarbeit für zwei weitere Stasi-Offiziere, die einen erneuten „Maßnahmeplan“ erarbeiteten.

Nun sollten zwei Damen gegen mich ins Spiel gebracht werden, die bisher noch keine Verbindung zu mir unterhielten. Doch die inoffiziellen Stasi-Damen durften untereinander nichts über die ihnen zugedachten Rollen erfahren, während XY-001 aus der aktiven Bearbeitung des S. F. herausgelöst werden musste.

Ach!, wollte er aussteigen, hatte er die Nase voll? Hat ihn der „Prager Frühling“ ebenfalls aus dem Gleichgewicht gebracht?

Schade, dass ich ihn nicht mehr befragen kann. Doch eine letzte Aufgabe hatte ihm die Stasi-Obrigkeit noch zugeteilt.

*Siegmar Faust*

---

Der Redakteur dankt dem Autor für den interessanten, sehr ehrlichen Beitrag, der in der nächsten (oder übernächsten) Freiheitsglocke-Ausgabe fortgesetzt wird.

---

**Anm. d. Red.:** Das trefflich gelungene Porträt (Seitenmitte) ist von Siegmar Faust selbst gezeichnet. Es stammt aus den 1970er Jahren und ist auf der Facebook-Seite zu finden.

# Politikberatung aus dem Lostopf: Ist das denn wirklich Demokratie?

*Ein wissenschaftlich angeleiteter „Bürgerrat“ wird mit politischen Befugnissen ausgestattet*

Wer es bislang nicht wissen sollte, dem sei es hiermit verkündet: Es gibt seit Ende letzten Jahres einen Bürgerrat. Er wurde von der Großen Koalition einberufen und soll unter anderem bei der Reformierung des Bundestags und des Wahlrechts beratend auf die Politik einwirken. Wie dieser Rat zustande gekommen ist, erfährt man – sozusagen posthum – aus dem Internet. Demnach wird bzw. wurde aus den Politiker\*innen der Parteien eine 18-köpfige Kommission gebildet, die in Abständen öffentlich tagen soll. Dieser Kommission wurden / werden „160 zufällig geloste Menschen aus ganz Deutschland“ zugeordnet und in das Gremium berufen. Ausdrücklich wird die Rolle als beratend definiert. Zunächst geht es um eine Schrumpfung der Abgeordnetenzahl des Bundestags, denn in der Tat wurde die zunehmende *Aufblähung* des Bundsparlaments zuletzt vielfach (auch in der Fg) kritisiert. Die Wachstumsrate gegenüber den 1990er Jahren ist mittlerweile zweistellig, sie hat zu einem Pulk von 709 Abgeordneten geführt, was bei den Bürger\*innen des Landes auf deutlichen Missmut gestoßen ist.

Eine gewisse Orientierung bei der Einberufung des Bürgerrates, der, da man in unserer Gesellschaft mit der Genderform sehr pingelig umgeht, eigentlich Bürger\*rinnenrat heißen müsste, erfolgte an einem ähnlichen Modell in Canada. Dort gibt es dieses Gremium seit 2007, doch es hat bei genauer Betrachtung weniger effektiven Nutzen als andererseits Diskussionsstoff geliefert. Vielmehr führt es dazu, das politische Leben weiter zu verkomplizieren und wichtige Entscheidungen durch hohle Diskussionen auszubremsten. Mit Blick auf den Deutschen Bundestag stellt sich die Frage: Können die Abgeordneten bzw. die gewählten Parteien nicht selbst für eine Reduzierung der dort vertretenen Politiker\*innen sorgen? Ist es nicht ein Armutszeugnis, das man sich ausstellt, indem man dieses und andere sicherlich einfacher zu lösende Probleme auf ausgeloste Bürgerinnen und Bürger abwälzt? Es wäre zudem, das sollte man auch aussprechen dürfen, sogar die

Aufgabe der Parteien und der Bundestagsfraktionen selbst, sich darum zu sorgen. Oder nicht?

Ähnlich ist es mit einer Reform des Wahlrechts, die angesprochen worden ist. Auch das wäre Sache der vom Volk gewählten Politiker\*innen, sich selbst damit zu befassen. Letztlich ist es eher der Ausdruck einer größer werdenden Distanz zwischen Gewählten und Wähler\*innen, wenn man sich mit immer mehr „Räten“ und ähnlichen Gremien umgibt, anstatt selbst zu Entscheidungen zu kommen, zu diesen zu stehen und zu handeln. Wenn es heißt, es soll durch den Bürger\*innenrat mehr Demokratie gelebt werden, so verfällt das Land mit einer neuerlichen Instanz eher in das Gegenteil. Es sind nur ausgewählte bzw. ausgeloste, keineswegs vom Volk gewählte Teilnehmende, die aber für die ganze Bevölkerung sprechen und zu deren Entscheidungen beitragen sollen. Sie werden zudem von Wissenschaftlern und Politiker\*innen angeleitet. Damit findet bereits eine deutliche Vorprogrammierung statt. Soll heißen: Wiederum sind es selbsternannte und künstlich erzeugte Eliten, die mit selbstgemixten Ergüssen vor ein Volk treten, das damit (schon wieder) von politischen Entscheidungen ausgeschlossen ist. Ist dies nicht (zumindest) ein Hauch DDR?

Wer das politische Geschehen in unserem (!) Land verfolgt, der wird eher abwinken als sich anerkennend zu diesem synthetisch aufgezäumten Projekt äußern. So etwas ist nicht neu, wenngleich es nun auf dem silbernen Tablett serviert wird. Seit Jahren schon mühen sich allseits Gruppen oder einzelne Bürger\*innen, die deutsche Politik zu reformieren und vielleicht auch zu dominieren, wenigstens aber einen Beitrag für die demokratische Gestaltung der Politik zu leisten. Es geht dabei um Umweltschutz, um den Kampf gegen Extremismus, um Sozialpolitik oder einfach um die Rückkehr zu mehr Anstand und Freundlichkeit. Genau genommen ist all das – gemessen an Resonanz und Erfolg – im Sande verlaufen, gescheitert oder läuft unbeachtet auf kleiner Flamme weiter. Fast

umgehend ziehen solche Initiativen Gegenmeinungen und Gegenbewegungen auf den Plan. Es sind dann diejenigen, die sich nicht einbezogen fühlen oder die sich bedroht vorkommen, die unsachlich oder böse reagieren. Die Kommentare, die im Netz zu lesen sind, reichen üblicherweise von großem Lob bis zum unfeinen Spott. Bei der Schaffung der Bürger\*innenräte ist dies längst zu beobachten. Immerhin ist uns das in der Demokratie geblieben, dass wir unsere Meinung ungestraft sagen können. Egal, wenn sie nur wenige hören wollen oder man im anderen Fall zum Extremisten gestempelt wird. So gesehen wäre es besser, ein Bürger\*innenrat nähme sich der Fragen und Sorgen der Alltagsmenschen an, nicht jener aus den Reihen der Politik, bei der man nach wie vor Kompetenz und Souveränität voraussetzt. Die Politikverdrossenheit, von der selbst die Abgeordneten wissen, lässt sich nicht durch hochgestochene Gremien abbauen.

Was soll man nun davon halten, was soll man diesem ausgelosten Bürgerrat wünschen? Da es sich um keine frei gewählte Formation handelt, sollte man zunächst etwas Grundsätzliches feststellen: Diese Bewegung ist keineswegs demokratisch entstanden, sie ist auch nicht als Vertretung von Volksschichten anzusehen. Sicherlich kann man sich mit ihrem Programm, ihren Erkenntnissen und ihren politischen Forderungen (Empfehlungen genannt) befassen. Man kann sie als positive oder nützliche Meinung verwerten und dankbar sein, dass sie geäußert wurde. Man muss es aber nicht, denn was sie äußert, ist nicht der legitimierte Ausdruck großer Menschengruppen. Man muss stattdessen mehr aufpassen, ob man nicht auf eine Auftragsmeinung stößt. Und das wiederum ist der deutliche Vorzug des mehrheitlichen Teils der Bevölkerung, der dem Bürger\*innenrat nicht angehört und der die vorgetragene Meinung nicht teilt: Es ist deren Vorrecht und deren Auslegung der Demokratie. Und das sollte man jenem Bürger\*innenrat ausdrücklich mitteilen.

*Tom Haltern*



## **„Eine Erfolgsgeschichte“ – leider mit lückenhaftem Happyend**

*Bundestagspräsident nimmt Stellung zum Schreiben von Holdefleiß und Holtschke*

Zu Beginn des Jahres 2021 wandten sich das IEDF und die VOS an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, um auch ihm gegenüber auf das ausgeübte Rentenunrecht gegen frühere Übersiedler und politische DDR-Haftopfer hinzuweisen und um Unterstützung zu bitten. Die Antwort von Dr. Schäuble ging im Februar ein und fiel höflich und mit Rücksicht auf die Einzelschicksale wie auch mit Hinweis auf die geschichtliche Gesamtleistung der Betroffenen aus. Dennoch strich Herr Dr. Schäuble seine politische Neutralität heraus, was soviel heißt, dass (auch) von ihm keine Fürsprache noch irgendeine offizielle Geste zu erwarten ist.

Ungeachtet dessen setzen sich IEDF und VOS weiterhin unverdrossen für dieses Ansinnen ein. So gibt es nun auch Briefe an den Bundesinnenminister und abermals an die Kanzlerin. Das eindeutige Votum unsererseits lautet: Wir lassen uns nicht unterkriegen, wir geben nicht auf.

Ebenso gingen Protest- und Aufklärungsschreiben an verschiedene Medien und Landespolitiker\*innen heraus, in denen die neuerlich geplanten Renten-Zugeständnisse an frühere Staatsbedienstete angeprangert werden.

Nachstehend ist das Antwortschreiben des Bundestagspräsidenten nachzulesen. Weitere Schreiben zum Thema sind in dieser Ausgabe enthalten. Die Freiheitsglocke wird sich auch künftig nicht scheuen, das Thema umfassend aufzugreifen. Man bedenke, dass es sowohl um die Wiedervereinigung und um die Opferrente lange Kämpfe gegeben hat.

---

Haben Sie vielen Dank für Ihren Hinweis auf den Offenen Brief vom 7. Januar 2021, in dem Sie den Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ kritisch kommentieren. An

dieser Regierungsinitiative war das Parlament inhaltlich nicht beteiligt und ich habe sie als Bundestagspräsident nicht zu kommentieren.

Davon unbenommen verstehe und teile ich grundsätzlich Ihr Anliegen, das Schicksal und die destabilisierende Kraft der DDR-Flüchtlinge angemessen zu würdigen. Die Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR war Ausdruck der geringen Akzeptanz des SED-Regimes und trug über vier Jahrzehnte erheblich zur Auflösung des Machtmonopols der Staatspartei bei. Diesen Beitrag vieler Menschen, die dafür einen hohen Preis gezahlt haben, gilt es gesamtgesellschaftlich zu würdigen, insbesondere vor dem Hintergrund der schweren persönlichen Schicksale der direkt Betroffenen und ihrer Familien. In meiner Funktion als Chef des Kanzleramtes und als Bundesinnenminister habe ich mich mit den schlimmen Folgen der Teilung für die Menschen beiderseits der innerdeutschen Grenze immer wieder intensiv befasst. Familienzusammenführung, Übersiedlung in den Westen und der Häftlingsfreikauf waren Themen, die zu Zeiten der Teilung auf der Tagesordnung der Deutschlandpolitik standen. Mir wie allen, die damals darum rangen, die Mauer wenigstens etwas durchlässiger zu machen und mit der DDR-Führung über humanitäre Erleichterungen zäh verhandelt hatten, war klar, dass die „Abstimmung mit den Füßen“, auf die Sie in Ihrem Brief rekurrieren, die DDR fortwährend schwächte. Auf diesen Zusammenhang, der in einem historischen Bogen bis weit in die 1950er Jahre zurückreicht, wurde und wird immer wieder hingewiesen – in politischen Gedankenreden ebenso wie in wissenschaftlichen Arbeiten, Feuilletons oder Zeitungsartikeln. Die Integration der DDR-Übersiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik ist im Übrigen eine Erfolgsgeschichte – das aber

darf nicht das schwere Leid überdecken, das mit Flucht, oft auch Haft und Heimatverlust verbunden war.

Ich bedaure, dass Sie den Eindruck haben, die Opfer des SED-Regimes, zu denen auch die Millionen Flüchtlinge gehören, würden in Vergessenheit geraten. Im Gegenteil: der Deutsche Bundestag setzt sich als Gesetzgeber immer wieder mit den Folgen der SED-Diktatur um erlittene Härten – so gut dies auf gesetzlichem Weg überhaupt möglich ist – zu lindern und Unrecht aufzuarbeiten. Schon die Tatsache, dass sich gleich zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Sinne eines dauerhaften öffentlichen Anliegens befasst hatten, zeigt, wie wichtig das Parlament dieses Thema nimmt. Die Ergebnisse dieser parlamentarischen Arbeit wurden nicht nur weltweit als beispielhaft wahrgenommen, sie hatten auch mehrere konkrete Gesetzesinitiativen zur Folge – etwa zur Aufhebung von in der DDR gefällten Unrechtsurteilen, zu Haftentschädigungen, zu Beseitigung von Ungerechtigkeiten im Rentenrecht oder zur Zahlung von Pensionen an Opfer der SED-Diktatur. Mit der Einrichtung eines neuen SED-Opferbeauftragten soll mehr als dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung nun auf Bundesebene eine Institution geschaffen werden, die den Anliegen derer, die in der DDR Unrecht erfahren haben, weiter Gehör verschaffen wird.

Mir ist bewusst, dass Unterdrückung, Verfolgung und Flucht aus der alten Heimat vielfach bis heute schmerzliche Folgen haben. Die parlamentarische Aufarbeitung der Vergangenheit wird die Verwerfungen in persönlichen Biografien nicht in Gänze heilen können. Sie zeigt aber, dass der Deutsche Bundestag als das wichtigste Forum der Nation das Leid der Opfer des SED-Regimes nicht vergisst.

*Dr. Wolfgang Schäuble*

## Die Situation mutet an wie ein Halt auf freier Strecke

*Sind wir mit unseren Hoffnungen und den Möglichkeiten am Ende?*

**Der Kampf gegen das Renten-Unrecht, das per Gesetz wider alle Zusagen gegen Übersiedler und Haftopfer der DDR verfügt wurde, ist, wie es scheint, endgültig in eine Phase der Ernüchterung geraten. In einem offenen Brief stellt der Vorsitzende des IEDF die Situation dar. Die Frage stellt sich: Was können wir noch tun, wer hilft, sind wir auf (fremde) Hilfe angewiesen?**

Liebe IEDF-Vorständler, lieber Felix, lieber Hugo, sehr geehrter Herr Dombrowski, nachdem der *Platzeckbericht* vorlag, hatten wir uns auch an den Bundestagspräsidenten gewandt. Er hatte sogar geantwortet, siehe Anlage. Die Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller hat er ausdrücklich für ihre Rolle im Wiedervereinigungsprozess gelobt, was Platzeck zu erwähnen vergessen hatte.

Wir hatten uns mit Schreiben vom 21.02.2021 bei Wolfgang Schäuble bedankt, aber auf die unangemessene „politische Maßnahme“ (Löschung und Neubewertung der Rentenanwartschaften), mit der die Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller für diese Rolle bestraft wurden, hingewiesen. Unser Brief an Schäuble endet mit dem Satz *"Wir hoffen, dass der Petitionsausschuss den Mut findet, noch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zu einer rechtsstaatlich sauberen Beschlussempfehlung zu kommen. Das Material dazu liegt vor."*

Er hat diesen unseren Brief an den Petitionsausschuss weitergeleitet. Ob der Petitionsausschuss diesen Mut findet? Vielleicht hat der Herr Bundespräsident noch einen Vermerk drauf gemacht, etwa "Bitte zügig bearbeiten". Wahrscheinlich aber eher nicht. Nun hat der Ausschussdienst des Petitionsausschusses ein Dokument mehr auf dem Stapel.

Aus der Linken-Fraktion erhielt ich dieser Tage einen Anruf, in dem uns mitgeteilt wurde, dass das Petitionsverfahren aller Voraussicht nach in die nächste Legislaturperiode mitgenommen wird. Es liegt immer noch bei den Beamten des Ausschussdienstes. Die Abgeordneten haben es noch nicht auf dem Tisch.

### Ausblick:

Am 27. September 2021 ist Bundestagswahl. Danach beginnen komplizierte Koalitionsgespräche. 2017 hat die Regierungsbildung genau 171 (!) Tage gedauert (von der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Kabinetts am 31.03.1918).

Diesmal wird es nicht schneller gehen. Das heißt für uns, dass sich vor April 2022 im Bundestag nichts tut.

Die Frau Bittmann vom Petitionsausschuss schreibt wieder den Standardsatz *"Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung bleibt weiterhin abzuwarten. Über den Verfahrensablauf werden Sie weiterhin informiert."* Heißt das: ein Jahr abwarten, stillhalten, Vertrauen haben?

Fällt jemandem etwas dazu ein?

*Herzliche Grüße, Jürgen H.*

## Die Rolle als vierte Gewalt im Staat wird nicht ausgefüllt

*Ein Schreiben an die großen meinungsbestimmenden Zeitung in Deutschland*

**Kamerad Felix Heinz Holtschke wandte sich mit einem emotional geprägten Schreiben an mehrere große deutsche Tageszeitungen**

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion, Ihr unüberhörbares lautes Schweigen seit nunmehr fast vier Wochen beweist uns, den DDR- Flüchtlings- und SED-Opferorganisationen, dass für Sie die Belange Ihrer Landsleute aus der ehemaligen DDR um Anerkennung ihrer Lebensleistung für Freiheit und Wiedervereinigung, den sie entweder als mutige Einzelkämpfer gegen die Schergen des MfS inner- und außerhalb deren Zuchthäuser bereits lange vor der friedlichen Revolution geführt bzw. sich der Willkür der zweiten deutschen Diktatur durch ihre unerschrockene Flucht über Mauer und Stacheldraht entzogen haben, nicht mehr von Interesse sind. Folgerichtig daher auch Ihr politisches Desinteresse an unserem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten wie dem Fremdretenbetrug, den wir gegen ein starres, in puncto Fehlerkultur resistentes politisches System nunmehr seit Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) führen müssen; und dies mit der Folge, dass es den Steigbügelhaltern, Systemlingen und ehemaligen Funktionären der zweiten deutschen Diktatur materiell besser geht als ihren einstigen Opfern! So ist es für uns nicht verwunderlich, dass sich in Ihren Redaktionsstuben auch keinerlei investigativen Aktivitäten entwickelten, um die jüngst geplanten Rentenerhöhungen für ehemalige Systemträger des SED-Regimes zu hinterfragen, geschweige zu verurteilen. So wie es offensichtlich für das politische Selbstverständnis Ihrer Redakteure schon lange wieder normal ist, dass die ehemalige Mauerschützenpartei im Deutschen Bundestag staatstragend und demokratieerklärend residiert oder gar ein ganzes Bundesland regiert. Und somit ist aus unserer Sicht auch Ihre Zeitung mitverantwortlich für ein längst verklärtes und verharmlosendes Geschichtsbild über den zu Recht untergegangenen diktatorischen SED-Staat, was in der ungeheuerlichen und jüngst öffentlich von systemrelevanten Kreisen vorgetragenen Behauptung gipfelte, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen.

Echauffieren Sie sich also weiter umso intensiver um Rechtsverstöße anderswo, und Sie brauchen sich um rechtsstaatliche Missstände vor der eigenen Haustür nicht zu kümmern. Denn Ihrer Rolle als tragende vierte Gewalt im Staat, der Sie dem erklärten Ethos zufolge verpflichtet sein sollten, kommen Sie als Massenmedium leider schon lange nicht mehr nach. Wir, die über 300.000 bewusst zu Underdogs gemachten DDR-Altübersiedler, Flüchtlinge und aus der Stasi-Haft Freigekauften in ganz Deutschland, werden das von Ihnen bedruckte Papier eben auch nicht mehr in die Hand nehmen...

*Mit nachdenklichen Grüßen*

*Felix H. Holtschke, VOS-Landesvors. NRW*

## „Ein auffälliger Kontrast zu dem vorausseilenden Gefälligkeitskurs gegenüber den ehemaligen Funktionären“

*Wird es auf den neuerlichen Brief an Frau Merkel endlich eine Stellungnahme geben?*

Mit Datum vom 10. Februar 2021 fassten sich die Vertreter von IEDF und VOS noch einmal ein Herz und wandten sich in einem bewegenden Schreiben an die Bundeskanzlerin unseres Landes. Darin wird nochmals ausdrücklich auf das Unrecht und das willkürliche Vorgehen bei der Kürzung bzw. Abschaffung von Rentenansprüchen ehemaliger Verfolgter, Flüchtlinge und politisch Inhaftierter hingewiesen. Zugleich geht es um die Frage der Sonderversorgungsrenten von staatstragenden, oft genug durch SED-Mitgliedschaft geprägten Kadern, die sich selbst heute noch zur DDR, deren Ideologie und nicht zuletzt ihrer verbrecherischen Politik bekennen.

Man muss allerdings nicht davon ausgehen, dass sich die Kanzlerin – zudem in Zeiten einer tiefen gesellschaftlichen Krise – mit diesem und den vorausgehenden Schreiben und der darin festgehaltenen Probleme und Fragen auseinandersetzt. Aber die Zeit ist nicht mehr fern, da die Kanzlerschaft ein Ende hat und sich all jene zu Wort melden, die bisher kein Gehör und keine Beachtung fanden. Sicherlich wird nach und nach so manches auf den Tisch der kritischen Betrachtung kommen, das den Nachruhm von Frau Merkel erheblich beeinträchtigen könnte. Daher muss man heute schon fragen, ob sie morgen damit leben will.

Lesen Sie nachstehend das Schreiben vom Februar 2021.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, kürzlich wurde durch Medienmitteilungen (PM vom 13. Januar 2021) bekannt, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt, die Altersbezüge von systemnahen SED-Staatsbediensteten zu erhöhen. Nebenbei erfuhr man, dass eine solche Maßnahme in anderen Bundesländern bereits

vor Jahren realisiert worden ist. Im Kontrast dazu ist festzustellen, dass die ehemaligen Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR seit mehreren Legislaturperioden mit ihren berechtigten Forderungen hingehalten werden. Deren Rentenanwartschaften waren anlässlich des Beitritts der DDR ohne Mitwirkung des Gesetzgebers durch eine politische Entscheidung (Originalton BMAS) gecancelt worden. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, die Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu heilen. Es fällt sehr unangenehm auf, dass die Politik denen, die als systemnahe Funktionäre der ehemaligen DDR dem SED-Regime treu bis zum Zusammenbruch gedient hatten, im wiedervereinigten Deutschland zu besseren Altersbezügen verholfen wird. Der Kuschelkurs der Bundesregierung gegenüber der DDR-Nomenklatura lässt sich weit zurückverfolgen. Die behutsame Behandlung der ehemaligen Systemträger des SED-Regimes bereits kurz nach der Herstellung der deutschen Einheit hatte schon das Bundesverwaltungsamt in die Hand genommen: *„Aufruf zur Feststellung von Rentenansprüchen und Anwartschaften aus einem Sonderversorgungssystem der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR“*. Eine Hilfestellung mit Signalwirkung, zumal dieser Aufruf mehrfach erfolgte, damit auch der letzte der Adressaten informiert ist. Für die DDR-Flüchtlinge hatte es keinen Anlass gegeben, davon ausgehen zu müssen, dass ihre Rentenanwartschaften unter Berufung auf den Beitritt der DDR zum Grundgesetz einem Paradigmenwechsel mit üblen Folgen unterzogen werden sollten. In einem solchen Falle hätte das Bundesverwaltungsamt sicherlich Hilfestellung geleistet. Eine derartige Aufklärung aber hatte es nicht gegeben.

Da auch die Rentenversicherer nicht über eine angebliche Lö-

schung und Neubewertung der Rentenanwartschaften von DDR-Altübersiedlern informiert hatten, wozu sie nach §149 SGBVI verpflichtet gewesen wären, konnten die Betroffenen weiter davon ausgehen, dass ihre FRG-gestützten Rentenkonten Bestand haben.

Die Forderungen der DDR-Altübersiedler, vertreten durch die *Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF)*, der *Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)* sowie der *Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)* sind der Bundesregierung seit mehreren Legislaturperioden bekannt. Zu der seit April 2018 auf dem Tisch des Bundestages liegenden Beschwerde- Pet. 3-19-11-8222-006233 gibt es bis jetzt noch keine Beschlussempfehlung.

Der harte Kurs der Berliner Politik gegenüber den DDR-Altübersiedlern steht in auffälligem Kontrast zu dem vorausseilenden Gefälligkeitskurs gegenüber den ehemaligen Funktionären der ehemaligen DDR-Führung. Für die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR, die Ausreisearbeitgeber, die aus politischer Haft Freigekauften ist die Schlussfolgerung klar: Die Systemträger des gestützten SED-Regimes sind in der wiedervereinigten Bundesrepublik willkommen. Und die, die vor diesem System geflohen sind, werden in der wiedervereinigten Bundesrepublik als lästige Störenfriede ausgegrenzt. Das kann doch nicht so bleiben!

*Mit vorzüglicher Hochachtung  
Felix Heinz Holtschke  
Dr. Jürgen Holdefleiß*

**Zur Information:** Es ist inzwischen eine größere Anzahl von Briefen an verschiedene Politiker\*innen versandt worden. Der Redakteur ist bemüht, so viele wie möglich abzudrucken, auch auszugsweise. Er bittet jedoch um Nachsicht, falls etwas übersehen werden sollte. **ARK**



# Das Bundesverfassungsgericht hatte die Klage nicht angenommen und das Problem an die Politik zurückverwiesen

*Argumente und Gründe gegen das RÜG. Ein weiterer Brief an die Bundeskanzlerin*

**In seinem nachstehend veröffentlichten Schreiben vom 24. Januar 2021 stellt der Politikwissenschaftler Dietrich Hackenberg den Sachverhalt der ungerechtfertigten Einbeziehung der Übersiedler und Haftopfer (bis zum Mauerfall) noch einmal übersichtlich dar. Erkennbar werden dabei die Willkür und das unlogische Vorgehen.**

Sehr geehrter Frau Bundeskanzlerin, wir leben in einer Zeit zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft. Nur knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland ist gegenwärtig zufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie funktioniert, und das Vertrauen in politische Institutionen ist im Schwinden begriffen. Das liegt vornehmlich darin, dass sich „die Politik“ kaum noch für die Meinung des Einzelnen oder einzelner Personengruppen interessiert. Diese – empfundene – Unzulänglichkeit stellt die Legitimation des politischen Systems in Frage.

In unserem konkreten Fall ist das Desinteresse an einer Problemstellung, an der Ihre dringende Mitwirkung geboten wäre, nicht nur „empfundene“ sondern sehr konkret. Seit mehr als zehn Jahren sucht die IEDF, vertreten durch ihren Vorstand, Kontakt zu Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, aufzunehmen. Bisher – von kleinem Abwehrgeplänkel Ihrer Poststelle abgesehen – ohne Antwort.

Eine „Politik des Gehörtwerdens“ – *Audiatur et altera pars* – ein Grundsatz des römischen Rechts, der Grundsatz jeder Politik sein sollte, sieht anders aus.

Es ist die Offenheit für die andere Meinung, für den Diskurs, die Vertrauen schafft in das Handeln der politischen Elite. Wo diese Offenheit, der Austausch der Standpunkte, fehlt, wird Vertrauen untergraben und schließlich zerstört.

Nun mag es sein, dass Sie die Gruppe der Altübersiedler als nörgelnde Truppe Unbelehrbarer betrachten, denen in diversen Prozessen vor Sozialgerichten ja längst klargemacht wurde, wie die

Rechtslage ist und deren Vertrauen oder Nichtvertrauen in die Politik der Bundesregierung Ihnen egal ist. Aber ist das der richtige Ansatz für das Miteinander in einer Bürgergesellschaft? Und leistet eine solche Ignoranz nicht gesellschaftlicher Polarisierung Vorschub? Zumal die Argumente der Altübersiedler nicht von der Hand zu weisen sind. Die Sozialgerichte stützen sich in ihren Urteilen auf die Regelungen im Sozialgesetzbuch VI, in dem unter aktiver Mitwirkung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Formulierungen Eingang gefunden haben, die die Altübersiedler in das Rentenüberleitungsgesetz einbeziehen, in das sie jedoch nicht gehören. Gern wird auch behauptet, das Bundesverfassungsgericht habe sich gegen das Anliegen der Altübersiedler entschieden. Falsch. Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage nicht angenommen und das Problem an die Politik zurückverwiesen. Dass es dazu vier Jahre gebraucht hat – kostbare Lebenszeit für die Betroffenen – hat vielleicht auch etwas damit zu tun, wie Sie meinen, mit dem Problem umgehen zu müssen. Da von Ihnen bislang jedoch keine Äußerung vorliegt, bleibt das allerdings nur Vermutung. In der Petition/Beschwerde an den Deutschen Bundestag vom 03. März 2018 wird lückenlos dargelegt, warum die Altübersiedler und Flüchtlinge nicht unter die Regelungen des Rentenüberleitungsgesetzes fallen. Kennen Sie den Inhalt dieser Petition?

Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, anerkannter Professor für Verwaltungs- und Sozialrecht, bemüht den Vergleich „... wie Pilatus ins Credo kommen“ – eine völlig unpassende Verbindung – und stellt die Frage: „Wie kommen die DDR- Flüchtlinge in das Rentenüberleitungsgesetz?“ Und er weist dezidiert nach, warum sie da nicht hingehören. Weil der Fall der Mauer und die Notwendigkeit, die Rentenansprüche der Bürger im Beitrittsgebiet neu zu regeln, mit der Lebenswirklichkeit der Altübersiedler, die zu diesem Zeitpunkt Bundesbürger mit klar zugesagten Rentenanwart-

schaften waren, nicht das Geringste zu tun hat. Ebenso gut hätte man auch alle Radfahrer von Nordrhein-Westfalen in die Neuregelung der Renten der Beitrittsbürger einbeziehen können, weil in der DDR schließlich auch Rad gefahren wurde. Haben diese Experten alle Unrecht?

Norbert Geis, aus Ihrer Schwesterpartei CSU, der zum Zeitpunkt des Abschlusses der Staatsverträge mit der DDR aktiver Politiker war und aus eigenem Erleben weiß, dass damals alle möglichen Probleme im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung anstanden, aber ganz gewiss nicht das Problem, die festgestellten Ansprüche der Altübersiedler und Flüchtlinge einer neuerlichen Bewertung zu unterziehen, und der heute diverse um ihre Rentenansprüche Betroffene vor Gericht unterstützt. Oder Rechtsanwalt von Raumer, der die dünne Argumentation des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als Stellungnahme zur o. g. Petition ad absurdum führte. Und warum arbeitet der Petitionsausschuss mit kaum noch zu überbietender Langsamkeit? Verbinden Sie, die Sie mit einem Kanzlerwort diese Prozesse beschleunigen könnten, die Hoffnung, dass sich das Problem mit den Jahren von alleine lösen werde?

Im Laufe der Jahre haben die SPD, aber auch die Grünen und die Linken in Anfragen an den Bundestag Stellung zu dem Problem bezogen und eine Lösung für die Altübersiedler gefordert. Doch alle Bemühungen sind bisher gescheitert an der Blockadehaltung der Bundesregierung unter Ihrer Führung. Warum?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, das Bemühen der IEDF ist auf der Homepage unseres Vereins [www.flucht-und-ausreise.info](http://www.flucht-und-ausreise.info) unter dem Titel „Monologe mit der Bundeskanzlerin oder Das gesammelte Schweigen von Frau Dr. Merkel“ öffentlich einsehbar. Ihr eigener Ansatz "Wenn ein Gesetz falsch wirkt, muss es geändert werden" sollte dringend Anwendung finden.

→ nächste Seite oben

Hier wird immer verschwurbelter und kaum noch nachvollziehbar argumentiert auf einen Sachverhalt bezogen, der im Grunde an Einfachheit nicht zu überbieten ist: Alle diejenigen, die vor dem Fall der Mauer am 9. November 1989 ihren Wohnsitz in der (alten) Bundesrepublik hatten und denen in einem ordnungsgemäßen Aufnahmeverfahren Rentenansprüche nach dem Fremdrengengesetz zugesagt wurden, genießen Vertrauensschutz bezüglich dieser zugesagten Ansprüche ohne Altersbegrenzung. Diese Menschen hatten ihr Leben – egal ob Ausreiseantrag oder Flucht – vollständig anders ausgerichtet als diejenigen, die in der DDR geblieben sind. Das führte in der Mehrzahl der Fälle zu gebrochenen beruflichen Werdegängen, so dass eine Gleichstellung mit den Beitrittsbürgern in Bezug auf in der DDR verbrachte Arbeitsjahre aus „Gerechtigkeitsgründen“ nicht legitim ist. In den 1970er und 1980er Jahren wusste man das in der Bundesrepublik und hat mit dem Fremdrengengesetz einen Mechanismus gefunden, diesen Schaden – wenigstens ansatzweise – zu reparieren. Welchen Schaden Haftzeiten und andere materielle Verluste angerichtet haben war ohnehin nicht reparabel. Dieses Wissen scheint nach der Wende verlorengegangen zu sein, und es wäre an der Zeit, das Vertrauen in den Rechtsstaat wieder herzustellen. Sie haben es in der Hand!

Frau Bundeskanzlerin, bitte äußern Sie sich zur Sache.

*Mit freundlichen Grüßen  
Dietrich Hackenberger*

**Nachsatz:** Das vorstehend veröffentlichte Schreiben, das an die Bundeskanzlerin gerichtet ist, wurde (bislang) nicht beantwortet. Es mag sein, dass durch den großen Wirrwarr und die Überlastung der Abgeordneten durch die Pandemie viele andere Probleme als gering und zweitrangig angesehen und daher nicht verfolgt werden. Dennoch ist es wichtig, sie klar zu benennen und durch Veröffentlichung zu dokumentieren, damit in den ruhigeren Zeiten, die gewiss wieder kommen werden, darauf verwiesen werden kann. Fakt ist: Man kann uns nicht dauerhaft anschwärzen!

## **Ausstellungen und Diskurse zum Mauerfall**

*Antwort vom Innenministerium*

**Mit Schreiben vom 2. Februar 2021 erwiderte das Bundesinnenministerium eine Anfrage von IEDF und VOS zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Darin heißt es auszugsweise:**

Zu nennen ist beispielsweise die Veranstaltungsreihe vom 27. bis 29. September 2019. Gerade weil es der Kommission sehr wichtig war, wurde diese Reihe um die Podiumsdiskussion „Die Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR – welche Rolle spielte sie für Destabilisierung und Umbruch?“ in der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erweitert. Mit dieser Veranstaltung wurde bewusst über die Fluchtbewegung von 1989 hinausgegangen und die Bedeutung der Fluchtbewegung für die Destabilisierung der DDR verdeutlicht. Ebenfalls Teil der Reihe waren eine Podiumsdiskussion mit Dr. Thomas de Maziere, Dr. Nancy Aris und Zeitzeugen und zwei Ausstellungen zum Thema Flucht, Ausreise und Polizeieinsatz. Eine weitere öffentlichkeitswirksame Fokussierung fand das Thema Flucht durch die Veranstaltung „Zug der Freiheit“ am 28. September 2019, bei der in besonderem Maße an den Mut und die Courage der Botschaftsflüchtlinge erinnert wurde.

Eine Beschreibung dieser Veranstaltungen finden Sie im vierten Kapitel des Abschlussberichtes.

Als Konsequenz aus dem oben angedeuteten Diskurs und dem Bewusstsein um die wichtige Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung, hat die Kommission in ihrem Bericht dezidiert die Handlungsempfehlung an die Bundesregierung formuliert, dass Verfolgte und Opfer aus der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR öffentlich wahrnehmbarer gewürdigt werden sollen. Dieser Vorschlag wird verbunden mit konkreten Forderungen u. a. danach, eine Gesetzesinitiative für eine regelmäßige Zuwendung für alle nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen Rehabilitierten zu schaffen.

*Leiterin Projektgruppe Gesch.stelle  
(aus Platzgründen gekürzt)*

## **Eine eklatante Schieflage**

*Schreiben an den Bundespräsidenten vom 11. Februar*

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wir haben es nicht vergessen: Ihr Amt lässt es nicht zu, dass Sie sich in die Tagespolitik einmischen. Darum geht es auch nicht. Auf Ihrer Internetseite ist unter „Staatspflege“ beschrieben, was die Gesellschaft von ihrem Staatspräsidenten erwarten darf:

*Der Bundespräsident ist eine integrierende, die Einheit des Staates und des Volkes repräsentierende Autorität ... er soll die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen.*

Die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber der gesellschaftlichen Gruppe der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Verfolgten des SED-Regimes hatten wir Ihnen mit einem persönlichen Vortrag am 29. November 2018 darlegen können. Inzwischen ist eine neue Erfahrung hinzugekommen. Wir, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge möchten Sie auf eine weitere politische Schieflage in unserer Gesellschaft aufmerksam machen. Wir haben die Bundeskanzlerin in dieser Angelegenheit bereits angeschrieben, rechnen aber aus Erfahrung damit, dass wir auch in diesem Falle von ihr keiner Antwort gewürdigt werden. Kürzlich wurde durch Medienmitteilungen öffentlich bekannt, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt, die Altersbezüge von systemnahen SED-Staatsbediensteten zu erhöhen. Nebenbei erfuhr man, dass eine solche Maßnahme in anderen Bundesländern bereits vor Jahren realisiert worden ist. Im Kontrast dazu ist festzustellen, dass die ehemaligen Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR seit mehreren Legislaturperioden mit ihren berechtigten Forderungen hingehalten werden. Deren Rentenanwartschaften waren anlässlich des Beitritts der DDR ohne Mitwirkung des Gesetzgebers durch eine politische Entscheidung (Originalton BMAS) gecancelt worden. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, die Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze zur Kenntnis zu nehmen.

*Dr. J. Holdefleiß, F. H. Holtschke*

## Frau Merkel, bitte melde dich und tu was! Noch wäre Zeit

*Das Rentenüberleitungsgesetz bewegt nur die Betroffenen / der Kommentar zur Lage*

„Man kann nichts erreichen, wenn man alles negativ sieht.“ – Dies ist eine aufschlussreiche Äußerung der Bundeskanzlerin, mit der sie am 25. März dieses Jahres vor den Bundestag getreten ist. Man wird sich denken können, dass damit weder Haftopfer noch Übersiedler aus der DDR angesprochen wurden. Man weiß, es dreht sich derzeit alles um die Bekämpfung der Pandemie, daneben geht es um ein gutes Abschneiden bei den Wahlen, doch ganz und gar nicht geht es um das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), für dessen Aufhebung sich die davon Betroffenen einsetzen und wofür sie über Jahre hin eine Vielzahl von Briefen geschrieben und mehrere öffentliche Kundgebungen veranstaltet haben. Hinzu kommen Einladungen an Politiker, Anwalt-Konsultationen, Klage- und Petitionsschriften sowie immer wieder Veröffentlichungen in den Medien, wobei die Freiheitsglocke diesem Thema viel Raum und große Aufmerksamkeit widmete. Das Ergebnis all dieser Bemühungen ist dürftig. Würde man es – wie es bei Anti-Schmerzbehandlungen üblich ist – auf einer Erfolgsskala von null bis zehn quantifizieren wollen, so läge es noch weit unter eins. Es ist wenig erreicht worden. Dabei ist die Argumentation schlüssig und auch rechtlich im Sinne der Klägerin bzw. des Petenten abgefasst.

Anstoß nehmen muss man nicht nur an den ausbleibenden Antworten des Kanzleramtes. Auch das, was beantwortet wurde, wäre an sich ein – was im doppelten Sinn auslegbar ist – Fall für den Papierkorb. Die einen winden sich in die Ausrede der Nichtzuständigkeit, die anderen erklären unumwunden, es hat mit dem RÜG alles seine Ordnung, und einmal verabschiedete Gesetze lassen sich schwerlich zurücknehmen – zumindest nicht dieses. Bestenfalls wird die Rolle der Flüchtlinge, Haftopfer und Verfolgten als wichtiger Beitrag zum Sturz des SED-Regimes nachgebetet. Es entringt denen, die diese Antworten lesen, nicht mal mehr als einen müden Seufzer.

Und nun?

Es gibt den schon etwas abgegriffenen Satz, wer aufgibt, hat schon

verloren. Die Aussage ist ähnlich dem des eingangs genannten Merkel-Zitats. Nichts negativ sehen, zumal ja die Unionsparteien den eklatanten Stimmenverlust in den Umfragen auch nicht negativ zu sehen scheinen. Ein Fehler, ein gravierender. Aber in ihm spiegelt sich auch das Verhalten, mit dem man sich nicht nur eine Petition gegen das RÜG, sondern die Thematik an sich vom Halse halten will.

Bisher ist das gelungen. Die Übersiedler, die Haftopfer ebenso, sind abgehakt. In der Schublade, in der ihre Sorgen und Anfragen eingelagert wurden, liegt obenauf ein Vermerk: Denen geht's gut (genug). Genau genommen ist das nicht einmal falsch. Viele, die es vor dem Mauerfall in den Westen geschafft hatten, hatten sich beruflich erfolgreich entwickelt. Es hat sich gezeigt, dass das, was sie auf sich genommen hatten, nicht umsonst war. Sie haben im Westen eine Chance bekommen, der Staat und soziale Einrichtungen, Freundinnen und Freunde haben geholfen. Andere haben stattdessen ihre Träume und Ideale gelebt, indem sie durch die Welt getrampt oder sich als Künstler versucht haben. Es war die Freiheit, die sie gesucht und – mag sein in Armut – gefunden haben. Ungeachtet dessen dürfte keine und keiner unter ihnen gewesen sein, die ihr Hab und Gut, ihre Heimat und ganze Familien in der DDR zurückgelassen haben. Und dann zeige man jene, die im Westen nicht ordentlich Lehrgeld bezahlen mussten und sich nicht unter Wert verkauft haben, weil sie naiv oder gutgläubig waren und Schwindlern auf den Leim gingen. Man wird nicht wenige finden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Übergesiedelten muss nun von geringen Einkommen leben. Dies sei daher angemerkt, als es heißt: Was wollen diese Leute denn noch, der westdeutsche Staat hat doch für sie bezahlt? Man muss darüber hinaus die Kernfrage ansprechen: Inwiefern sind jene, die gegen das RÜG anrennen, nicht einer staatlich verordneten Schwindelei zum Opfer gefallen. Durch das RÜG ist mit einem Federstrich, den die meisten Parteien für richtige halten, eine

eindeutige Zusage im Rentenanspruch der Betroffenen zurückgenommen und ein ernsthaftes Versprechen aufgehoben worden. Von dem damit verbundenen moralischen Vertrauensbruch nicht zu reden. Dass der Missstand erst Jahre nach der Gesetzesabfassung thematisiert wird, wurzelt vornehmlich in der Altersstruktur. Fast alle vom RÜG Betroffenen sind altersmäßig im Bereich des Renteneintrittsalters. Die meisten sind die Rentenkürzung erst gewahr geworden, nachdem sie wenige Monate vor Eintritt in den Ruhestand die Rentenhöhe haben berechnen lassen.

Auch nach Vorbringen des Problems bei zwei Staatssekretären, die sichtlich von den beschriebenen Vorgängen betroffen waren, hat sich nichts getan. Erschwerend, eigentlich erdrückend, wirkt sich zudem die COVID-Krise aus. Die Politik wird damit nicht fertig, sie kämpft und sucht nach Lösungen. Dies zeigt jedoch, dass die Regierung ehrlich bemüht ist und sich für das Land und die Menschen einsetzt. Bereitschaft und Potenziale sind demnach vorhanden. Stellt sich die Frage: Warum gilt sowas nur für brenzlich akute Situationen, in denen es um Mehrheiten geht?

Für die, die vom RÜG betroffen sind, gibt es trotz der Abwimmelei und der Ignoranz keinen Gedanken ans Aufgeben. Es hat sich eine dicke Mappe an Durchschriften, Erwidierungen und Vermerken, aber eben auch an ausgebliebenen Antworten angesammelt. Von den Berichten in der Freiheitsglocke gar nicht zu reden. Im September findet voraussichtlich die Bundestagswahl statt. Frau Merkel wird aufhören. Eine Unzahl an Medienleuten wird sich darum reißen, ihre Kanzlerschaft zu bilanzieren. Das Gute und noch vielmehr – weil die Medien so sind – das Negative kommt auf den Tisch. Wird man der baldigen Alt-Kanzlerin nicht auch diese RÜG-Mappe vorlegen und fragen, hat sie sich wirklich für alle eingesetzt und mit allen gesprochen. Jetzt wäre noch Zeit für Merkel, aus dem Negativen das Gute zu machen und ein Zeichen zu setzen. Die Betroffenen meinen daher: Frau Merkel, bitte melde dich. *B.Thonn*



## **Berichterstattung ist gut, doch die Genderform ist störend**

*Das Maskulinum würde in der Freiheitsglocke reichen*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameraden, immer wenn die Freiheitsglocke im Briefkasten ist, sind meine Ehefrau Barbara und ich auf interessante Artikel und Informationen gespannt. So hat mich besonders die aufschlussreiche Stellungnahme zum Abschlussbericht „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ interessiert. Der Artikel „Kontakt mit dem Klassenfeind ...“ erinnerte mich an so manches Ost-West-Telefonat unter erschwerten Bedingungen. Schließlich führte ja eines dieser Telefonate auch das MfS auf unsere Spur ... aber das ist eine andere Sache. Wenn Alexander Richter-Kargier auf Seite 2 sich gegen die allgegenwärtigen Anglizismen in unserer schönen Sprache verwahrt und dann schreibt: „*Mich befremdet das. Wir sind in Deutschland, wir haben (immer noch) eine eigene Sprache*“, so kann ich nur aus vollster Überzeugung zustimmen!

Aber was, um Himmels Willen, sollen dann diese unsäglichen Gendersternchen in unserer Freiheitsglocke? Diese sind nach meiner Meinung eine ebensolche „Vergewaltigung“ unserer Muttersprache wie die überflüssigen Anglizismen, insbesondere wenn es diese im Englischen gar nicht gibt. Beispiele seien. „Public Viewing“ und „Handy“, „Homeoffice“. Ich werde auch weiterhin das Generische Maskulinum verwenden, so wie das seit Jahrhunderten in der Sprache von Schiller und Goethe, Heine, Th. u. H. Mann und andere Geistesgrößen getan wurde. Nie habe ich gehört, dass eine Dame, eine Kameradin sich in dieser Ansprache eben nicht angesprochen oder gar verletzt fühlte! Ich würde mich sehr freuen, wenn die Freiheitsglocke bei dem Generischen Maskulinum bleibt und sich nicht an diesem zeitgeistlichem Gaga beteiligt.

*Herzliche und kameradschaftliche Grüße von Harald Beständig*

**Stellungnahme des Redakteurs auf dieser Seite nebenstehend**

## **Der kleine Unterschied oder Streitobjekt?**

*Genderformen in der Freiheitsglocke – grauenhaft oder gerecht? Oder einfach nur überflüssig? Ein Kommentar des Redakteurs*

Das *Gender-Zeichen* als Ausdruck unterschiedlicher Geschlechter-Formen ist seit Längerem in unsere Schriftsprache eingezogen. Von manchen wird es als „Kinderkram“ oder Unfug, von anderen als Ausdruck einer linksgerichteten politischen Einstellung gewertet. Anderen wiederum ist es einfach lästig. Nun ist es also auch in der Freiheitsglocke aufgetaucht, und das ist sicher gewöhnungsbedürftig. Mindestens sechs Jahrzehnte wurde es in unserem Verbandsorgan wenig beachtet, da wir uns zumeist immer in der maskulinen Form ausgedrückt haben.

Doch die Zeiten ändern sich. Es geht um Gleichberechtigung, und diese hat auch mit der Schriftsprache zu tun. Geschätzt besteht die Hälfte der Leserschaft unserer Freiheitsglocke aus Frauen. Diese grenze ich aus, wenn ich beim Schreiben nur die männliche Form benutze. Wir haben Gleichberechtigung in Deutschland, was man in Wort und Schrift verdeutlichen soll. Jede Frau hat das Recht, auch in der Schriftform angesprochen und genannt zu werden. Und jene, die nicht so angesprochen werden wollen oder die sich als männliche Leser daran stören, haben ihrerseits kein Recht, es denen zu verweigern, die das möchten.

Es wäre auch der völlig falsche Weg, mich (bzw. uns) an Goethe zu orientieren. Wer die Goethe-Biografie von Richard Friedenthal liest, wird erfahren, wie Deutschlands Dichterkönig Nummer eins mit seiner sehr, sehr spät gehehlten Gattin Christiane verfahren ist. Goethe ist kein Einzelfall, er und andere Autoren haben uns große Werke hinterlassen. In menschlicher Hinsicht, womit ich ihre Einstellung zu den Frauen meine, waren viele nicht so großartig. Das betrifft auch die Brüder Mann und Heinrich Heine.

Allerdings waren es andere Zeiten mit anderen Gesellschaftsformen, in denen die Genannten gelebt haben. Der Blick in die Geschichte der deutschen Literatur zeigt zudem, dass sich nur in Ausnahmefällen Frauen als Dichterinnen oder Schriftstellerinnen her-

vortaten. Das hat nicht mit fehlendem Talent zu tun, sondern mit ihrer Rechtlosigkeit. Frauen waren per Gesetz unmündig, man verweigerte ihnen die beruflichen und die Bildungsrechten. Veröffentlichungen durften sie nur in Ausnahmefällen etwas. Erst im 20. Jahrhundert wurden sie zu Wahlen zugelassen, und auch dazu mussten die männlichen Wahlberechtigten ihre Zustimmung geben. Mit dem Genderzeichen, derzeit in Form eines Sternchens, erkläre ich als Redakteur meine Bereitschaft, die Rechte der Frauen anzuerkennen, denn wenn man ihnen heute das Recht vorenthält, in der Schriftsprache gleichberechtigt erwähnt zu werden, setzt sich diese Behandlungsweise bis in den Alltag fort.

---

**Das in der Fg benutzte Gender-Sternchen ist kein „Kinderkram“, kein politisches Instrument und keine Marotte des Redakteurs.**

---

Es ist somit keine Marotte, und es stellt keine Provokation gegenüber Leserinnen und Lesern dar, die die Meinung nicht teilen. Man sollte auch nicht versuchen, die Verwendung beider Genderformen politisch zu instrumentalisieren. Und es ist überhaupt nicht Sache der Duden-Redaktion, das „Sternchen“ zuzulassen oder nicht. Frauenrechte sind ganz elementar Menschenrechte, die bei uns noch nicht voll greifen. Darum geht es. Man kann und soll sie gefahrlos und vollständig verwirklichen können und dafür weder beschimpft noch verspottet oder gar bedroht werden. Deswegen kann ich mich aber zu anderen grundlegenden Rechten und Forderungen bekennen. So bin ich weiter für eine posthume juristische Verurteilung von beiden Honeckers, von Mielke und allen anderen SED-Größen. Für mich bleibt die DDR nach wie vor ein Unrechtsstaat, weshalb ich die einstmals an Egon Krenz verwirklichte kurze Haftstrafe für richtig halte, mich aber gegen die in Gesangsform geäußerte Forderung, ihn an einer Laterne aufzuhängen, ausspreche, auch damit sich Krenz nicht öffentlich leidtun kann.

---

→ nächste Seite

Die Einführung der doppelten Genderform ist übrigens nicht die erste Neuerung, die ich einbringe. Ich habe diese Freiheitsglocke 1995 als Redakteur in einem völlig veralteten Zustand übernommen und sie innerhalb kurzer Zeit inhaltlich und technisch umgekrempelt. Dabei habe ich Modernisierungen eingebracht, von denen viele Kameradinnen und Kameraden nichts mehr wissen. Allein die Umstellung auf digitale Formate, die Abschaffung des Versendens und Frankierens der Zeitung per Hand und Briefmarke gehörten zu meinen ersten Reformen. Ich habe eine entschieden billigere Druckerei gefunden und mich mit Beiträgen jahrelang für die Opferrente eingesetzt – auch dann noch als niemand mehr daran glaubte. Die Freiheitsglocke hat durch meine Entscheidung als eines der ersten Blätter im Land die neue Rechtschreibform – so absurd und unausgewogen sie daher kam und nachher in Teilen wieder rückgängig gemacht wurde – übernommen und sie beibehalten. Auf diese Weise konnte die Zeitung auch nach der Streichung aller Förderungen durch den Bund und nach dem Umzug der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin weiter bestehen.

---

**Wir sind wieder einmal vielen anderen Medien weit voraus.**

---

Dennoch ist der Einwand von Harald Beständig legitim. Wir geben uns hiermit gegenseitig Denkanstöße und helfen uns, uns gegenseitig zu verstehen und Handlungsweisen zu erklären. Viele andere, die über das Sternchen stolpern, das vorläufig den „kleinen Unterschied“ ausmacht, haben hiermit eine Begründung. Ich muss sicher nicht herausstreichen, dass wir die Schreibweise weitestgehend beibehalten werden. Ich halte die Regel allerdings keineswegs für vollkommen. Das Sternchen ist optisch sehr auffällig, man könnte besser ein anderes Zeichen verwenden

Vielleicht kann man es auch einmal so sehen: Wir halten mit der Anwendung beider Genderformen nicht nur Anschluss, sondern wir sind – wieder einmal – vielen anderen Medien ein Stück voraus. Unser Flaggschiff, womit die Freiheitsglocke gemeint ist, wird nicht nur

von den Opfern gelesen. Die Gegenseite, wer es nicht glauben mag, ist weiterhin interessiert an uns, zugleich bedienen sich häufig andere Zeitungen bei unseren Themen und Inhalten und holen sich Informationen. Oft genug kommen von Nicht-Mitgliedern zustimmende Rückmeldungen, manchmal Fragen und kritische Hinweise, zumal wir – wie es die Beiträge zum Rentenrecht zeigen – über Themen berichten, die sonst niemand aufgreift.

Ich denke zudem, dass Ausdrücke wie *Gender-Wahn* oder *Gender-Unfug* in keiner Weise einen überzeugenden Charakter haben. Sie sind keine Erklärung und kein Argument. Es ist ja im Übrigen jeder und jedem unbenommen, seine Grammatikform im persönlichen Schriftverkehr selbst zu wählen. Ich ziehe über niemanden her, der etwas tut, was ich nicht gutheiße, solange es keinem (oder keiner!) persönlich schadet.

Ich hoffe, das ist verständlich, und ich würde mir wünschen, dass auch andere große Medien über die Einführung des „Gender-Sternchens“ oder eine ähnliche Kennzeichnung nachdenken. Wer es benutzt, kommt irgendwann über die Schwelle der Pflichterfüllung hinweg und fängt an, über den Sinn von Frauen- und Männerrechten nachzudenken.

Danke allen, die das akzeptieren und sich in vielem durch die Freiheitsglocke bestätigt und bereichert fühlen. *A. Richter-Kariger*

## **Nur ein Achtungserfolg?**

*Schwesig und andere müssen bei Rentenerhöhung für DDR-Staatsdiener einlenken*

Die monatliche Pension von ehemaligen staatsnahen Mitarbeiter\*innen der DDR wird nicht – wie zunächst von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt – erhöht. Dies wurde nach vehementen Protesten, auch durch die VOS und zahlreiche nicht organisierte SED-Opfer, im März bekannt.

Auf die geforderte Rücknahme des umstrittenen Rentenüberleitungsgesetzes, gegen das IEDF und VOS nun schon seit Jahren ankämpfen, hat die Entscheidung jedoch keinerlei Einfluss.

*Felix Heinz Holtschke*

## **Expertenkommission mit Jochen Stern**

*Gedenkstätte Potsdamer Lindenstraße noch ohne Leiter(in)*

Wie es in der Gedenkstätte der ehemaligen UHA des MfS in der Potsdamer Lindenstraße in Sachen neue Leitung weitergeht, bleibt unklar. Ende Februar lief die Bewerbungsfrist für die Position der Gedenkstättenleiterin ab. Zuvor und danach gab es Proteste des Potsdamer *Forums zur Geschichtsaufarbeitung in Brandenburg* und der VOS wegen fehlender Mitsprachemöglichkeit der Opfer und gegen die vorübergehend eingesetzte Leiterin, mit der viele der ehemals Inhaftierten nicht einverstanden waren. Bei den Betroffenen war der Eindruck entstanden, ihnen würde bei der Neubesetzung der Leitung jegliches Mitspracherecht verwehrt. Manfred Kruczek, Vorsitzender des Potsdamer *Forums*, kontaktierte mehrfach die Stadt Potsdam und den Stiftungsrat, was endlich zur Folge hatte, dass zu den bestehenden Gremien auch Kamerad Jochen Stern als Sachverständiger und Zeitzeuge berufen werden soll.

Jochen Stern war bereits früh in der Potsdamer Untersuchungshaftanstalt inhaftiert gewesen, er hatte eine sehr lange Strafe zu verbüßen. Nach seiner Entlassung verließ er die DDR und machte in der Bundesrepublik Karriere als Schauspieler. Die Liste seiner Engagements ist lang und zeugt von großer Akzeptanz. Aus Sicht der VOS und des *Forums* ist er jemand, der das Entscheidungsgremium bei der Findung einer neuen Leiterin bzw. Leiters am kompetentesten beraten kann. Den Opfern geht es darum, dass die Leitung der komplexen Aufgabe besser gerecht wird. Bisher ist nicht ersichtlich, dass z. B. die ehemaligen Vernehmer-Räume in das Gesamtkonzept einbezogen wurden und die Gedenkstätte umfassend für die Zeitzeugen-Arbeit genutzt wird. Nicht mal die Freiheitsglocke durfte seit vorigem Jahr ausgelegt werden.

Jochen Stern, der in NRW erfolgreich im Zeitzeugen-Projekt der VOS arbeitet, könnte durchaus dazu beitragen, die Zeitzeugen-Arbeit in der Gedenkstätte auszubauen.

*Igor Gerd Lesnikow*

# Zwischen äußerem Schein und den Zwängen der Wirklichkeit

Grit Poppes neues Buch schärft die Erinnerung an den Umgang mit den Jugendlichen in der DDR

Um den Inhalt des Buches, um das es in dieser Besprechung geht, besser verstehen zu können, sollte man zuvor einen Blick auf die zwiespältige politische Situation werfen, in der die Handlung angesiedelt ist. Wir befinden uns demnach in der Mitte der 1980er Jahre in dem Land mit den drei Buchstaben DDR. Einer der Buchstaben steht für Demokratie, ein anderer für die Volksherrschaft und der dritte für die deutsche Nationalität.

In dieser DDR ist nach außen hin bereits vieles verwirklicht, was mit Demokratie und Freiheit für das Volk zu tun haben sollte. Der SED-Staat wird demzufolge von anderen Ländern geschätzt, es gibt dorthin mancherlei Beziehungen und viele wirtschaftliche Verbindungen. Die DDR ist Mitglied in der UNO, sie hat sich im Rahmen des Helsinki-Abkommens zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, und bereits im Februar 1975 hat SED-Chef Erich Honecker den Generalsekretär des Weltverbandes, Herrn Kurt Waldheim und dessen Gattin, unter großen Ehrungen empfangen. Für 1983 erhofft sich Honecker – bis dahin gar nicht unberechtigt – eine offizielle Einladung der Bundesregierung nach Bonn, die er nach dem eklatant dubiosen Todesfall des Transitreisenden Burkert im Zusammenhang mit einer harsch geführten Personenkontrolle und des großangelegten Medienangriffs aus dem Westen selbst absagt. Ein Rückschlag für ihn, dennoch gibt er nicht auf und empfängt inoffiziell Besucher wie den Ministerpräsidenten Bayerns, und sein später bzw. letzter Nachfolger als Staatsratsvorsitzender Krenz tauscht vor dem Wahlkampf per Brief peinlich brüderliche Kampfesgrüße mit dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder von der SPD aus (wovon auch in der Freiheitsglocke berichtet wurde: *Lieber Gerhard ... lieber Egon*). Dann, es ist bereits das Jahr 1987, geht der große Traum des Erich Honecker in Erfüllung. Er reist nach Bonn und München, und die bundesdeutschen Partei-Oberen tun das, was ihnen zwei, drei Jahre später ausgesprochen unangenehm ist und was sie

sämtlich nur allzu gern ungeschehen gemacht hätten: Sie stehen – wie in der DDR die Bürger vor den Moped-Läden – erwartungsvoll Schlange, damit sie dem eitlen Mann, der im Saarland geboren ist, einmal devot die Hand schütteln und mit ihm hohle Floskeln austauschen können.

## Minderjährig in der DDR

Wir alle, die wir diese Zeitung Freiheitsglocke lesen, können uns nur zu gut daran erinnern. Damals demonstrierte die VOS in der einstigen Hauptstadt Bonn mit einem Plakat, auf dem zu lesen war: ZUVIEL EHRE FÜR EINEN GEFÄNGNIS-DIREKTOR. Die derart präsentierte Wahrheit entsprach in vielem dem Umgang der Bundesrepublik mit dem SED-Staat.



**Schild und Schwert der Partei arbeitete auf allen Ebenen Hand in Hand mit den Ämtern und sorgte unerbittlich für die staatliche Ordnung und Disziplin.**

Die Opfer der Diktatur haben hingegen die wirklichen Verhältnisse erfahren, und sie haben sie nicht vergessen. Für sie war es eine bittere, verlogene Zeit, die auch in Grit Poppes neuem Buch bis zum unerträglich werdenden Detail zurückverfolgt wird und die in der öffentlichen Aufmerksamkeit wie auch im Gedächtnis vieler Menschen mittlerweile weit nach hinten gerückt ist. Denn all das, was den äußeren, den unwahren Glanz und Schein der DDR ausmachte, stand

im völligen Gegensatz zur inneren Wirklichkeit dieses Staates.

Gemeint sind damit das Unrecht, die Unwahrheit, die Gewalt, die Hinterhältigkeit und die Anmaßung, die es sämtlich gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger, eben auch gegen Jugendliche, gab. Das Ministerium für Staatssicherheit als oberstes und unerbittlichstes Instrument zur Durchsetzung der Interessen einer Minderheit hatte diesbezüglich ganze, widerliche Arbeit geleistet. Es war Schild und Schwert der Partei, wer weiß noch davon. Es arbeitete freilich Hand in Hand mit den Ämtern, die auf allen Ebenen und allen Bereichen unerbittlich für staatliche Ordnung und stramme Disziplin sorgten. Wer sich dem nicht fügte, hatte die Folgen zu tragen, und gerade wenn er oder sie noch minderjährig war, kamen Mittel und Methoden zur Anwendung, wie sie Katja und Sebastian, die beiden Handlungsträger des neuen Buches von Grit Poppe, zu erleiden hatten.

Dass der Staat ohne diese Mittel und Methoden nicht auszukommen vermochte, je weiter in den 1980er der Widerstand gegen Partei und Stasi wuchs und die Wirtschaft immer weiter abfiel, ist bekannt. Wir wissen es nicht nur aus persönlichen Erfahrungen, es sind mittlerweile genügend Bücher verfasst worden, die in unterschiedlicher Genauigkeit und nicht unbedingt mit Neuigkeiten aufwarten. Nicht alles ist große Literatur und nicht alles ist spannend, wiewohl dennoch das meiste sehr wichtig ist. Und an sich müsste man denken, dass 31 Jahre nach dem Mauerfall kaum noch etwas erscheinen kann, was die Leserschaft aufhorchen lässt und in den Medien Aufsehen erregt. Und doch ist es so.

Zu den Büchern dieser Art gehört dieses neue Werk von Grit Poppe, das noch im vorigen Jahr erschienen ist und auch schon in mehreren Medien Beachtung fand.

Die Autorin selbst ist freilich keine Unbekannte. Sie hat bereits durch andere wichtige Bücher zur Aufarbeitung des SED-Unrechts beigetragen.

→ nächste Seite



→ von voriger Seite

Wir erinnern uns an „Weggesperrt“, wo es bereits um das Thema staatliche Gewalt gegen Jugendliche ging. In „Verraten“ setzt die Handlung unvermittelt ein, so dass man als Leserin und Leser sehr schnell mit den Figuren und den Verhältnissen vertraut ist. Katja, ein sympathisches, aber unruhiges Mädchen, ist 17 Jahre, sie hat nur noch wenige Wochen bis zur Volljährigkeit.

Doch ausgerechnet diese kurze Spanne macht ihr ein enormes Problem: Sie gehört an sich in das Erziehungsheim für Jugendliche, doch wegen der unerträglichen Bedingungen ist sie mehrmals geflohen, und wir treffen sie am Beginn der Erzählung erneut auf der Flucht an. Einige Seiten weiter wird sie jedoch von der Polizei aufgegriffen und in ein Übergangslager verfrachtet. Allein die dort herrschenden Bedingungen sind eine Katastrophe. Sowohl in hygienischer wie sozialer Hinsicht findet man einen menschenunwürdigen Zustand vor. Dass ihr von hier erneut die Flucht gelingt, ist nahezu ein Wunder, und es ist eine spektakuläre, sehr einfallsreiche Variante, mit der uns die Autorin überrascht.

Sebastian, die andere Hauptfigur, ist zwei Jahre jünger als das Mädchen, seine Mutter ist kurze Zeit zuvor verstorben, zu seinem Vater darf er – auf Anweisung des Jugendamtes – nicht ziehen. Warum das so ist und was es mit dem Vater auf sich hat, erfahren Leserin und Leser im Verlaufe der Lektüre. Sebastian wird zur selben Zeit wie Katja in dasselbe Lager eingewiesen und macht innerhalb ganz kurzer Zeit üble Erfahrungen, auf die er nicht vorbereitet ist. Sowohl der Umgang mit den anderen Weggesperrten, unter denen sich längst die üblichen hierarchischen Strukturen gebildet haben, wie auch der luftleere Raum, die die sogenannten Betreuer hinterlassen, bewirken ein unbeschreibliches Elend, das sich in völliger Wehr- und Rechtlosigkeit ausdrückt. Die Wege beider

Handlungshauptträger kreuzen sich dann unverhofft mit Verlassen des Heimes, allerdings ohne dass die zwei Jugendlichen zunächst voneinander wissen.

Die Erzählung gewinnt, nachdem Katja und Sebastian miteinander Kontakt bekommen haben, weiter an Spannung. Die wechselnde Erzählperspektive bewirkt sehr viel. Wenn man als Leser\*in glaubt, die Autorin hat den Spannungsbogen überzogen, kann sie ihn mit dem folgenden Blickwechsel wieder in den Griff bekommen.



Es kommen – das Buch umfasst immerhin 360 Seiten – weitere Personen hinzu, es entstehen Situationen, auf die man nicht gefasst ist und die einem gerade als ehemals Verfolgtem eisige Schauer der Erinnerung bescheren. Stasi, Volkspolizei, Jugendamt, Pädagogen.

Dann sind da die Prozesse, die Mitte der 1980er Jahre – eigentlich schon früher – in Gang kommen. Die Umweltbewegung tritt als oppositionelle Bewegung in Erscheinung. Sie wird zur Organisation, in der sich Gleichgesinnte mit teils unklaren politischen Zielen verbünden. Eine schwarz gekleidete Mitschülerin, die völlig aus dem Rahmen der DDR-Kultur fällt, tritt

auf. Die Situation in Polen spitzt sich weiter zu, Solidarnosc gewinnt in der DDR immer mehr an Einfluss. Das Ministerium für Staatssicherheit bleibt angesichts dieser Entwicklung nicht untätig. Der Leser bzw. die Leserin hält den Atem an und fragt sich insonderheit im mittleren Teil mit dem Titel „Verraten“, ob das nicht schrecklich enden wird. Nicht zuletzt weht ein zart verborgener Hauch von Liebe durch die Handlung, den die Autorin mit viel Gefühl in ihre Erzählung flicht. Was geschieht und wie

es endet, muss jede und jeder selbst herausfinden. Fakt ist: Es lohnt sich.

Dieses Buch ist absolut lesenswert, gerade auch für die heutigen jungen Generationen, die nicht wissen können, was die untergangene DDR wirklich bedeutet hat. Der Titel „Verraten“ zielt nicht nur auf einzelne Jugendliche ab, sondern auf die vielen jungen Menschen, die in eine Gesellschaft hineingeboren wurden, die für sie nicht vorgesehen war und die kein Verständnis für Andersdenkende und für Außenseiter hatte. Zwänge und Hinterhältigkeit waren die Mittel, mit denen man sie gefügig und abhängig machen wollte. Bei vielen Betroffenen ist das gelungen, es hat allein die Abschreckung gewirkt. Diejenigen aber, die in der Folge des an ihnen begangenen Unrechts abgestürzt und zerbrochen sind, sollten zumindest heute Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen. Dazu fordert Grit Poppes Buch „Verraten“ unmissverständlich auf.

Valeria Bosse

Grit Poppe: **Verraten**  
Dressler Verlag, Hamburg,  
368 Seiten, 12 Euro, auch als ebook  
zu 8,99 Euro erschienen, mehr als  
30 Top-Bewertungen im Internet

*Foto (vorige Seite): Facebook-Seite von Grit Poppe. Hier gibt es viele interessante Informationen zu weiteren Büchern, Lesungen, zu Freundinnen und Freunden und zur Biografie der Autorin.*

# Vom Volk, das wir waren und (hoffentlich) bleiben

*Ein Rückblick auf den westfälischen Lyriker Ferdinand Freiligrath und seine Bedeutung*

Am 18. März jährte sich zum 145. Mal der Todestag des deutsch-patriotischen Dichters Ferdinand Freiligrath. Die Bedeutung dieses Mannes, der im westfälischen Detmold geboren wurde und dessen Name eigentlich Freilig-Rath gesprochen wird, ist weitaus größer als wir es meinen. Es waren zum einen seine wirkungsvollen poetischen Kanonaden, die er in das zersplitterte deutsche Reich abfeuerte, zum anderen war es sein Einsatz für eine demokratische Gesellschaft und ein einheitliches, frei nationales Deutschland. Seine lyrischen Texte gruben sich in das dafür sehr empfängliche Bewusstsein der Epoche wie auch in das der nationalen Nachwelt ein. Die Stationen seines Lebens zeugen vom Widerstreben gegen das Preußische Ministerium für Zensur und die Justiz, die ihn wegen politischer Texte und Aktivitäten anklagte, ihn jedoch freisprechen musste. Es ist ein Bild, eine Situation, in die er geriet, wie wir sie später in den Diktaturen, eben auch in der DDR, kennenlernten, wenngleich im damaligen Preußen weitaus vieles milder und in einer – wenn auch freiheitsfeindlichen – durchschaubareren Vorgehensweise (gerichts)verhandelt wurde.

Von Freiligrath wurde in dem Gedicht „Trotz alledem“ die später zur Forderung erhobene Parole „Wir sind ein/das Volk!“ verwendet, wobei der Dichter dies wiederum selbst nicht als Erster niederschrieb, sondern sich auf ein Gedicht des schottischen Volksdichters Burns berief. An anderer Stelle gibt es die dramatische Verkündung ebenfalls. Diese stammt vom jung verstorbenen deutschen Dichter Georg Büchner und wird in „Dantons Tod“ getan.

Sie lautet:

„Wir sind das Volk,  
die Menschheit wir,  
Sind ewig drum, trotz alledem!“

Man sieht, die Geschichte unserer gerade abgelaufenen Gegenwart ist keineswegs so einmalig und durch originale Äußerungen geprägt, wie es mancher Bürger(rechtler) definieren möchte. Davon abgesehen nahmen auch Liedermacher wie

Biermann oder Wader in ihren Programmen Anleihen beim frühen Patriot, was jedoch auch dem Urheber zugutekam.

Eine wesentliche Komponente in Ferdinand Freiligraths Leben war der Kontakt zu Marx und Engels.

## **Trotz alledem!**

Das war 'ne heiße Märzenzeit,  
Trotz Regen, Schnee und alledem!  
Nun aber, da es Blüten schneit,  
Nun ist es kalt, trotz alledem!  
Trotz alledem und alledem -  
Trotz Wien, Berlin und alledem -  
Ein schnöder scharfer Winterwind  
Durchfröstelt uns trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,  
Der Sieg des Rechts trotz alledem,  
Die nimmt man sacht uns wieder ab,  
Samt Kraut und Lot und alledem!  
Trotz alledem und alledem,  
Trotz Parlament und alledem -  
Wir werden unsre Büchsen los,  
Soldatenwild trotz alledem!

*Freiligrath (Auszug)*

Zum einen war es die Rheinische Zeitung, von Marx gegründet, zum anderen der politische Kampf, dessen Ziel eine Revolution war. Freiligrath arbeitete längere Zeit, an dem Blatt mit, wo er auch Gedichte und Prosatexte unterbringen konnte. Allerdings erkannte er beizeiten, dass politische Tyrannei kein Mittel zur Machtergreifung und das Proletariat wenig geeignet als regierende Schicht sein würde. Er verließ nach nur kurzer Mitgliedschaft auch die neugegründete Kommunistische Partei und teilte Marx lapidar mit, was er von der Partei hielt: „Auch die Partei ist ein Käfig, und es singt sich – selbst für die Partei – besser draus‘ als drin.“ (Quelle in Zeitzeichen WDR 5 vom 18. März 2021). Zugleich kam er seiner Verpflichtung als Familienvater nach und übernahm im Londoner Exil eine geregelte Arbeit. Damit zog er sich den Spott und Unwillen insonderheit von Karl Marx zu, der sich bekanntlich selbst für ein festes Arbeitsverhältnis, in dem man vor allem Pflichten hatte, zu schade war und der stattdessen seinen Freund Engels um Schecks bzw. Wechsel anbettelte. Im Briefwechsel zwi-

schen Marx und Engels fielen dazu die entsprechenden Vokabeln, in deren widerwärtiger Art sich der bärtige Betongott bereits in der Bewertung Lassalles geübt hatte. Ein erkaltetes westfälisches Maul, ein Versballadenkrämer, einen Esel und einen Menschen mit beißstem Pudelbewusstsein nannte Marx ihn. Hinzufügen ließe sich manches, was man sich besser spart, denn die Lektüre der 46 Bände umfassenden MEW ist mühsam und streckenweise einfach langweilig. Mehr Freude macht das Werk von Freiligrath, das zwar nicht so umfangreich ist, wo es jedoch noch manches Wort, manches Zitat gibt, das bis in die heutige Zeit Gültigkeit hat. T.H.

## **Eine Grabplatte mit Inscription MERKEL**

*Über den spürbaren Linkskurs  
in Deutschland und das Ver-  
prellen der SED-Opfer*

Die beklagenswerte Lockdown- und Impfpolitik der CDU-geführten Bundesregierung ist es nicht allein, auch nicht die parteischädigende Masken-Affäre aus den Reihen der CDU, die den ersten Absturz der einst stolzen Volkspartei im Superwahljahr 2021 eingeleitet haben. Nein, es ist die generelle Linksversion der Partei unter Merkel, das Über-Bord-Werfen traditioneller konservativer Werte in ihrer 16-jährigen Amtszeit, die die CDU-Wählerschaft bis ins Mark getroffen und aus der Partei vertrieben hat.

Auch die Opfer des SED-Regimes und die DDR-Altübersiedler – einst traditionelle Wähler der Partei der Deutschen Einheit – hat die Bundeskanzlerin auf dem Gewissen. Deren berechnete politische und soziale Forderungen wurden stur ignoriert. Sie haben dazu geführt, dass es den Systemträgern des SED-Regimes heute sozial besser geht als den Opfern.

Wie hat es kürzlich die Neue Züricher Zeitung treffend formuliert: Merkel hat eine Grabplatte auf Deutschland gelegt ...

*Felix Heinz Holtschke  
VOS-Landesvorsitzender NRW.*



## Opferbeauftragter – die unbekannte Größe, mit der es besser werden soll

*Wer wird das Amt, über das wir noch nicht viel wissen, übernehmen, wie wird er/sie es führen?*

In der vorigen FG-Ausgabe berichteten wir über die Beendigung der Arbeit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, an dessen Stelle demnächst ein Beauftragter für Angelegenheiten der Opfer der SED-Diktatur – auch als Leiter einer Ombudsstelle bezeichnet – benannt werden soll. Dieser untersteht weiterhin dem Bundestag und wird von diesem gewählt bzw. berufen. Die Berufung des Opferbeauftragten wird voraussichtlich nach der Bundestagswahl durch das neue Parlament erfolgen.



Wie es heißt, wird durch die Änderung der Betreuungsart für die Betroffenen kein Nachteil entstehen, vielmehr soll es eine bessere, direktere und geordnetere Interessenvertretung der Opfer geben. Die Neuregelung, die auch die Aufbewahrung der Akten des früheren Ministeriums für Staatssicherheit betrifft und diese den Opfern weiter zugänglich machen wird, wurde durch die Unionsparteien sowie durch SPD, FDP und B'90/Grüne als Gesetzentwurf beantragt. Der Beauftragte soll dabei mit den Opferverbänden und den Initiativen sowie den nicht als eingetragene Vereine existierenden Opfergruppen eng zusammenarbeiten. Der Bundestag wird von ihm jährlich einen Bericht zur Lage der SED-Opfer erhalten. Es ist zu hoffen, dass sich damit ein positiver Einfluss auf die Entwicklung der Besonderen Zuwendung und auf die Anerkennung von Haftschäden

verbindet. Die Tätigkeitsdauer des Beauftragten ist auf fünf Jahre festgelegt.

Nachdem wir kürzlich unseren VOS-Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich für das Amt empfohlen haben, stellen wir hiermit einen weiteren möglichen Kandidaten vor. Es ist der CDU-Politiker Arnold Vaatz. Auch bei ihm handelt es sich um einen kompetenten, zuverlässigen Mitstreiter, der selbst SED-Opfer ist und seit 1996 dem Deutschen Bundestag angehört. Arnold Vaatz ist vielen VOS-Mitgliedern bekannt, zumal er sich

beim Erstreiten der Opferrente erhebliche Verdienste erworben hat und noch in der Regierungszeit von Rot/B'90-Grünen aus der Opposition heraus für eine wirksame finanzielle Anerkennung der persönlichen Schicksale gestritten hat. Ohne seinen nachdrücklichen Einsatz hätte sich manches vielleicht nicht einrichten lassen. Arnold Vaatz ist 66 Jahre, er hat als Mitglied des deutschen Bundestags enorme politische Erfahrung und steht voll auf der Seite der DDR-SBZ-Opfer. Er selbst war in der DDR ein halbes Jahr wegen der rigorosen Verweigerung des Einsatzes zum Reservewehrdienst inhaftiert. Er kennt demnach die Probleme der Häftlinge und Verfolgten und weiß, wie es in den Haftanstalten der DDR zugegangen ist.

Seine weiteren oppositionellen Aktivitäten im SED-Staat sind eng mit dem Wirken anderer bekannter Dissidenten verbunden. So unterhielt er Kontakt zu dem Lyriker Reiner Kunze und kümmerte sich um politisch Verfolgte wie Günter Ullmann. Hoch anzurechnen ist ihm sein Einsatz im Sinne der Aufarbeitung nach dem Mauerfall im wiedergereinigten Deutschland. Oft genug nahm er an Gedenkveranstaltungen teil und erinnerte in öf-

fentlichen Reden an das begangene Unrecht der Staatspartei SED und an diejenigen, die zu den bekanntesten Opfern zählen. Ein besonders Anliegen war ihm der Einsatz gegen das Vergessen des Widerständlers Oskar Brüsewitz, der sich vor 45 Jahren in Zeitz mit Benzin übergoss und anzündete. Vaatz reiste in dieser Mission eigens nach Litauen, um im Sommer 2008 an der Eröffnung der Brüsewitz-Ausstellung in der kleinen Kommune Rietavas teilzunehmen.

Mit der Ernennung dieses Politikers zum Opferbeauftragten für die politischen Häftlinge und Verfolgten des SED-Regimes hätten diese einerseits einen Gleichgesinnten und zweitens jemanden, der selbstlos und zielsicher deren Sache vertritt. *A. Richter-Kariger*

**Anm.:** Die Vorstellung von möglichen Kandidatinnen und Kandidaten in der Freiheitsglocke ist natürlich kein Wahlkampf oder dergleichen. Die VOS hat für die Besetzung des Postens des Opferbeauftragten keinerlei Stimmrecht, sie kann nicht einmal jemanden vorschlagen, obwohl gerade sie die Interessen der Opfer seit nunmehr 71 Jahren nachdrücklich und am authentischsten vertritt. Dass in der Freiheitsglocke Personen vorgestellt werden, die aus Sicht des Redakteurs (und sicherlich auch der von Leserinnen und Lesern) geeignet scheinen, ist daher eine Meinungsäußerung und bestenfalls eine Empfehlung an den Bundestag. Sofern Zeit bleibt, stellen wir jedoch weitere Personen vor, die die Aufgaben des Opferbeauftragten kompetent ausfüllen könnten. *ARK*

**Übrigens!;** so kurios es sich lesen mag: Bekanntlich boomt derzeit die Branche der Job-Vermittlung, denn dies scheint ein gutes Geschäft zu sein. Wer sich nun die Mühe macht, selbigen Opferbeauftragten in die Suchmaschinen einzugeben, der wird auf ein Formular stoßen, in dem die Anforderungen an diese Stelle beschrieben sind. Demnach kann sich – auch das noch. Oder? – fast jede(r) um die Stelle bewerben. Der genaue Link als solcher wird jedoch nicht verraten. Nicht dass sich Gregor Gysi interessiert ...



## 22 Jahre nach der Haftentlassung wiedergetroffen

*Eine persönliche, sehr berührende Erinnerung an unsere Kameradin Sigrid Richter*

In der letzten FG Januar / Februar erfuhr ich, dass Kameradin Sigrid Richter überraschend verstorben ist, was mich sehr betroffen gemacht hat. Ich lernte sie bei meinem Aufenthalt von Januar bis September 1986 im Frauenzuchthaus Hoheneck kennen.



Wir waren im gleichen Kommando Planet 2 in der Bettwäscheproduktion tätig. Ich ging dann im September auf Transport nach Karl-Marx-Stadt, und sie folgte mir mit dem nächsten Transport in den Stasi-Knast, die *Drehscheibe* oder auch *Vogelkäfig* genannt. Von hier aus wurden wir im gleichen Bus in die Freiheit nach Gießen gebracht. Nach 22 Jahren haben wir uns auf der VOS Generalversammlung 2008 in Friedrichroda wieder gesehen.

*Mit kameradschaftlichen Grüßen, Gisela Lotz*

**Anm.:** Das Foto (© Gisela Lotz) trägt zwar ein Datum aus dem Jahr 2021, es ist aber vermutlich schon 2008 aufgenommen worden.

Der Redakteur dankt der Autorin für diesen freundlichen Gruß. Er ist neben der persönlichen Erinnerung ein bemerkenswertes Zeitdokument.

### Das Zitat:

*Lebensläufe sind wie Linien, die einander schneiden, berühren oder eine Weile parallel verlaufen. Manchmal bilden mehrere auch eine einzige starke Linie.*

ARK

## Prenzlau: Wo ist der Gedenkstein?

*Die Frage richtet sich an die Stadtverwaltung*

„Nicht Rache soll sein, sondern Erinnerung!“ So war es auf dem Gedenkstein, an dem in Prenzlau lange Zeit jährlich im April der Opfer des Stalinismus gedacht wurde. Damals setzten sich vor allem die inzwischen verstorbene Bezirksgruppen-Vorsitzenden Günter Arndt und Hans Stein für die Aufarbeitung und das öffentliche Gedenken ein. Insonderheit ging es um die zu Tode gekommenen Jugendlichen und Frauen der Lager Fünfeichen aus dem unmittelbaren Einzugsbereich. Aber auch die Opfer von Sachsenhausen, Ketschendorf und anderen Speziallagern wurden im Gedenken gewürdigt. Nun ist der Gedenkstein nicht mehr an seinem Platz, zumindest konnte ihn unser Kamerad Dr. Heinz Schneider, der seiner zur Heimat gewordenen Stadt Prenzlau bis heute die Treue hält, nicht mehr finden. Er (und wir alle) wüssten gern vom Bürgermeister der Stadt Prenzlau, ob der Gedenkstein an einer anderen Stelle aufgestellt wurde oder ob seine Präsenz mittlerweile unerwünscht ist.

*Der Bundesvorstand der VOS*

## Spendenaufkommen sehr positiv!

*Danke allen, für die tatkräftige Unterstützung.*

Karl-Heinz von Polheim, Dorothea Harder, Annemarie Krause, Jörg Petzold, Brigitte Voelkel, Erwin Kujadt, Karl-Günter Wehling, Waltraud Ewert, Gisela Härtel, Joachim Nitsch, Thomas Hainich, Helmut Klotzner, Dr. Bernd Palm, Ruth Zabel, Annelie Fratz, Gerd Lindner, Hans-Joachim Hack, Martin Pescheck, Bruno Niedzwetzi, Heinz Bemme, Siegfried Freitag, Reinhard Golde, Jörg Vieweg, Peter Ruck, Anja Nattke, Gunter Schramm, Maria und Reinhard Walther, Manfred Schulz, Rainer Hohmuth, Thomas Reich, Ingrid Schmidt, Manfred Stecher, Jürgen Antlitz, Friederun und Egon Seel, Fritz Schaarschmidt, Bernhard Korytny, Paul Radicke, Gerald Naumann, Christoph Melzer, Harald Hemmerling, Günther Nollau, Irma Sann, Rudolf Novotny, Peter Hellmund, Karl-Heinz Ruhnau, Jürgen-Kurt Wenzel, Friedrich-Wilhelm Sperling, Walter Schrader, Hartmut Chyba, Jürgen Weisbach, Hans-Joachim Markgraf, Jürgen Wendler, Herbert Ewen, Gerhard Milde, Waltraud und Johannes Rink, Manfred Fenner, Dr. Michael Dosch, Erdmute und Dr. Walter Weller, Helmut Meng, Dieter Müller, Felix-Heinz Holtschke, Johann Leeb, Heinz Thiele, Karl-Heinz Ulrich, Waltraud Thiele.

### Wir trauern um

Günter Uhlig

Günther Müller

Hossein Yazdi

Gerhard Janson

Gerhard Lätsch

Erika Krautwurm

Hubert Werner

Bezirksgruppe Chemnitz

Bezirksgruppe Westprignitz

Bezirksgruppe Berlin

Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Bezirksgruppe Plauen

Bezirksgruppe Weimar

Bezirksgruppe Sondershausen

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Gespannt auf neue Geschäftsstelle

*Der Umzug gibt uns allen neuen Aufschwung*

Wir möchten uns beide für deine Unterstützung bedanken. Du hast ja allerhand für die VOS geleistet, und wir haben es in der Freiheitsglocke auch gelesen, die Ausgabe war sehr interessant und wir wünschen euch im Vorstandsteam weiterhin viel Erfolg und bleibt gesund. Es ist zwar nicht geplant, aber wenn wir einmal in Berlin sein sollten, schauen wir gern einmal bei Euch rein. Die neue Adresse der Bundesgeschäftsstelle haben wir für einen eventuellen Besuch notiert. Vielleicht sehen wir uns aber auch im August einmal in Koblenz wieder, wenn wir – hoffentlich – an der Gedenkstelle am Deutschen Eck zusammenkommen.

*Grüße aus dem Rheinland. Regina & Siegfried Keil*

## Zeugnis der inneren Emigration

*Verbot des Verbotes im Land der Affen*

An die Bundesgeschäftsstelle der VOS, Berlin.  
Es freut mich, dass wir eine schöne neue Geschäftsstelle haben. Zu deren Ausgestaltung könnte ich auch einen Beitrag liefern. Während meiner Zeit als Ausreise-Antragsteller lebte ich von 1980 bis 1983 in ziemlicher innerer Emigration und habe die drei weisen Affen geschnitzt (Foto). Sie konnten nach meiner Haftverbüßung und dem Freikauf als Umzugsgut mit in die BRD gelangen und stehen auf dem Schlafzimmerschrank. Im Gegensatz zu den "klassischen" drei Weisen, die durch „Nichts sehen, nichts hören und nicht sprechen“ überlebten, sind meine drei frecher:



Sie haben das Sehen, Hören und Sprechen übernommen und hindern die eigentlich dazu Berufenen daran. So habe ich es empfunden, und es ist wohl deutlich dargestellt. Ob es Kunst ist, mögen andere beurteilen. (Nach Beuys ist jeder Mensch ein Künstler.) Da Sie den Werken des Widerstandes in Form von Büchern und Bildern eine Heimstatt geben, sind vielleicht diese drei Plastiken eine interessante Bereicherung. Ich würde sie Ihnen gern (als Dauer-Leihgabe?) überlassen, da ich in dem Alter bin, wo ich geimpft werden darf und auch sonst an meinen Nachlass denken muss. Der größte Schelm ist 67 cm hoch.

*F. Gsell, Dipl.-Ing., Grenzach-Wyhlen*

**Kommentar:** Ein interessantes, aussagekräftiges Kunstwerk, das man mit seiner tragischen Hintergrundgeschichte der Öffentlichkeit unbedingt zugänglich machen sollte. Inzwischen stehen sie in Berlin.

*Hugo Diederich, A. Richter-Kariger*

**VEREINIGUNG DER OPFER  
DES STALINISMUS e.V. (VOS)**  
**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölfmal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**  
**Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf**

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

**Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de**

**Postbankkonto Köln**

**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**

**BIC: PBNK DEFF**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**

**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**

**Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,  
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.**

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger ([www.first.minute-buecher.de](http://www.first.minute-buecher.de)),

eMail: [redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de),

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: [satzherstellung@gmx.de](mailto:satzherstellung@gmx.de). Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

**Jahresbeiträge:**

- |                                     |         |
|-------------------------------------|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder   | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder         | 2,60 €  |
| – Abonnement der Freiheitsglocke    | 24,00 € |

**Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!**

**Internetseiten der VOS [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)**

Fg-Nummer 823/ 824 erscheint Mai/Juni 2021 (nur 20 Seiten)

Redaktionsschluss der FG 821/822 am 31. März 2021